



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat III/23
Sitzungstag:	Dienstag, den 28.01.2014
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:10 Uhr

Anlagen zu TOP 1.5.1 (= Aktualisierte Seiten nach der Haushaltsverabschiedung)

Anlage 1 = Haushaltssatzung der Hansestadt Wipperfürth für das Haushaltsjahr 2014

Anlage 2 = Gesamtergebnisplan

Anlage 3 = Ratsbeschluss Veränderungsnachweis

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.2. Vereidigung des Beigeordneten
Vorlage: M/2014/341

1.1.3. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.4. Einwohnerfragestunde

1.1.5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2014/340

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW - entfällt -

**1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -**

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Wahlen zu den Ausschüssen
Vorlage: V/2014/115

1.4.2. Gesellschaftsformwechsel bei der OVAG, hier: Bevollmächtigung des städtischen Vertreters
Vorlage: V/2014/118

1.4.3. Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: V/2014/119

1.4.4. Terminplanung der Jahresabschlüsse 2011 und 2012
Vorlage: V/2014/120

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: V/2014/114/1

1.5.2. Klimaschutzkonzept der Hansestadt Wipperfürth
Vorlage: V/2013/103/1

1.5.3. Klimaschutzmanagement der Hansestadt Wipperfürth
Zustimmung zur Einrichtung eines Klimaschutzmanagements
Vorlage: V/2013/104

1.5.4. Sporthalle Mühlenberg / VOSS Arena;
hier: Entscheidung über zusätzliche Maßnahmen
Vorlage: V/2014/121

1.6. Anfragen - keine -

1.7. Anträge

1.7.1. Integriertes Klimaschutzkonzept; Versorgung der Innenstadt mit Nahwärme;
Goller, Christoph / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 13.01.2014
Vorlage: A/2014/141

1.7.2. Erstellung eines Aktionsplanes Inklusion in Wipperfürth;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 14.01.2014
Vorlage: A/2014/142

1.8. Mitteilungen

1.8.1. Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Jahre 2013
Vorlage: M/2013/309

1.8.2. Situation Alte Drahtzieherei; mündlicher Bericht der Verwaltung

Anschließend:

Verabschiedung des Verwaltungsdirektors Herrn Lothar Wollnik

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**
- entfällt -
- 2.4. Beschlüsse**
 - 2.4.1. Sanierung Mehrzweckhalle Mühlenberg; Vergabe der Außenanlagen
Vorlage: V/2014/116
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**
 - 2.5.1. Grundstückstausch Bahnstraße
Vorlage: V/2014/117
- 2.6. Anfragen** - keine -
- 2.7. Anträge** - keine -
- 2.8. Mitteilungen**
 - 2.8.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2014/342

Verwaltungsvertreter

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Persian, Dietmar	intern	Leiter RGM
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD, öffentl. Sitzung

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Es fehlte:

Blechmann, Karin	SPD	
------------------	-----	--

1 Öffentliche Sitzung

1.1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.2 Vereidigung des Beigeordneten

Vorlage: M/2014/341

Die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat zur Kenntnis.

Bürgermeister **von Rekowski** vereidigt Herrn Frank Trompetter, den der Rat am 11.12.2013 mit Wirkung vom 01.02.2014 zum Beigeordneten gewählt hatte und überreicht ihm unter dem Beifall der Anwesenden die Ernennungsurkunde.

Es schließen sich Gratulationsworte der Fraktionsvorsitzenden und der Dank des zukünftigen Beigeordneten an.

1.1.3 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung einvernehmlich anerkannt.

1.1.4 Einwohnerfragestunde

StVD **Wollnik** beantwortet eine Einwohneranfrage des Herrn Redepenning nach dem Sachstand bezüglich der Anregung, Grünpfeile für Rechtsabbieger an dafür geeigneten Ampelanlagen anzubringen, unter Bezugnahme auf die Ausführungen innerhalb des Berichts über die Ausführung der Beschlüsse des Rates. (siehe Vorlage zu TOP 1.1.5).

1.1.5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2014/340

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW - entfällt -

1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

1.4 **Beschlüsse**

1.4.1 **Wahlen zu den Ausschüssen**

Vorlage: V/2014/115

Beschluss:

1. Zum Nachfolger des aus dem **Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt** ausscheidenden Ratsherrn André Köser wird der sachkundige Bürger Herr Bernd Sax, wohnhaft Drosselweg 22, gewählt.
2. Zum Nachfolger des aus dem **Bauausschuss** ausscheidenden Ratsherrn Friedel Dellweg wird der sachkundige Bürger Herr Bernd Schnippering, wohnhaft Dreine 5, gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.2 **Gesellschaftsformwechsel bei der OVAG, hier: Bevollmächtigung des städtischen Vertreters**

Vorlage: V/2014/118

Beschluss:

Bürgermeister Michael von Rekowski wird ermächtigt, in seiner Eigenschaft als von der Hansestadt Wipperfürth in die Hauptversammlung der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) entsandter Vertreter, in der für Mai 2014 geplanten Hauptversammlung dem beabsichtigten Gesellschaftsformwechsel der OVAG zuzustimmen (Umwandlung der Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.3 **Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014**

Vorlage: V/2014/119

Beschluss:

Die in der Anlage *) einzeln aufgeführten Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von insgesamt 7.322.488,27 €, davon 432.342,10 € im Ergebnisplan und 6.890.146,17 € im Finanzplan, werden gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis genommen und beschlossen.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.4 Terminplanung der Jahresabschlüsse 2011 und 2012

Vorlage: V/2014/120

Beschluss:

Dem in der Anlage I beigefügten Terminplan *) zur Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2011 und 2012 wird zugestimmt.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2014 mit Haushaltsplan und Anlagen

Vorlage: V/2014/114/1

Beschluss:

1.) Über die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Ratsfraktionen zum Haushaltsentwurf 2013 wird wie folgt beschlossen:

a) auf Antrag Nr. 1 der CDU-Fraktion

Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden kostenlose Jahresausweise der Stadtbücherei eingeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) auf Antrag Nr. 2 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt zum Haupt- und Finanzausschuss am 08.04.2014 aufzuzeigen, welche Konsolidierungsmaßnahmen in allen Gebührenhaushalten möglich sind, um auf Dauer die Belastungen der Bürgerinnen/ Bürger zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) auf Antrag Nr. 3 der CDU-Fraktion

Der Ansatz beim Produkt 1.11.02, Projektnummer 5000032, Seite II - 241 „Sonstige Kanalsanierungen“ ist um 100.000,00 Euro auf dann 50.000 Euro zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

d) auf Antrag Nr. 4 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, den kompletten Fuhrpark der Hansestadt Wipperfürth und des gemeinsamen Bauhofes zum Bauausschuss am 10.04.2014 aufzulisten. Hierzu ist ebenfalls aufzuführen, mit welchem Wert und Baujahr die Fahrzeuge gelistet sind und wie eine Reduzierung des Fuhrparks in den kommenden Jahren möglich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

e) auf Antrag Nr. 5 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Bauausschuss am 03.07.2014 die Standards im gemeinsamen Baubetriebshof zu untersuchen und Vorschläge zu erarbeiten, wie diese in Zukunft für beide Kommunen vereinheitlicht und ggfs. vereinfacht werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

f) auf Antrag Nr. 6 der CDU-Fraktion

Die unter Produkt 5100122 „Ersatz für Aufsitzmäher Iseki“, Seite II- 32 für 2015 geplante Anschaffung eines neuen Aufsitzmähers in Höhe von 30.000,-- € wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

g) auf Antrag Nr. 7 der CDU-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellst möglich die finanziellen Rahmenbedingungen und einen möglichen Bauzeitenplan für die Umstellung des E.v.B. - Gymnasiums auf eine Ganztagschule aufzuzeigen. Entsprechende Planungsmittel sind im Haushaltsjahr 2014 veranschlagt worden. Um bereits die Möglichkeit zu schaffen, notwendige Maßnahmen in 2015 umzusetzen, wird beim Produkt 10103, Projektnummer 5100081, Seite II – 42 „Um- und Ausbau Engelbert-von-Berg-Gymnasium eine Verpflichtungsermächtigung von 170 Tausend Euro zugunsten des Jahres 2015 angebracht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

h) auf Antrag Nr. 8 der CDU-Fraktion

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird in seiner Sitzung am 07.05.2014 aufgezeigt, wie eine frühestmögliche Umsetzung des geplanten Parkdecks am Radiumparkplatz ermöglicht werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen

i) auf Antrag Nr. 1 der SPD-Fraktion

Der Rat der Stadt Wipperfürth sieht das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in der Vielzahl seiner gesellschaftlichen Ausprägungen (z. B. Kirche, Sport, Feuerwehr, Musik, Soziales, Zusammenleben) als unverzichtbare Grundlage einer funktionierenden Stadtgesellschaft.

Als äußeres Zeichen der Anerkennung vergibt die Stadt Wipperfürth ab 2014 jährlich einen Ehrenamtspreis der sowohl Gruppen; Vereine, Initiativen als auch Einzelpersonen für ihr herausragendes Engagement würdigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss einen Vorschlag für Ablauf und die Kriterien der Auswahl zu erarbeiten. Eine Untergruppe aus je einem Vertreter der Fraktionen ist zu beteiligen. Die Jury könnte z. B. aus dem Hauptgemeindebeamten, den stellvertretenden Bürgermeistern und Vorsitzenden der Ratsfraktionen bestehen.

Im Haushalt sind hierfür maximal 2.500.- Euro in der Zuständigkeit des Hauptgemeindebeamten im Teilproduktbereich Innere Verwaltung vorzusehen und aus dem Planentwurf zu erwirtschaften. Ein Bemühen um Sponsoren für die Durchführung des Ehrenamtspreises der Stadt ist ebenfalls vorzusehen und zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen

j) auf Antrag Nr. 3 der SPD-Fraktion

Der Haupt- und Finanzausschuss wird sich bis spätestens im Herbst 2014 mit dem Thema Hallennutzungsbedarfe für Schulen (z. B. Schulfestern, Zeugnisvergaben etc), und Vereine (z. B. Karnevalsverein, Musikverein und andere) in der Mühlenberghalle und der Alten Drahtzieherei befassen. Von der Verwaltung ist ein Konzept vorzulegen, das gegebenenfalls eine Überarbeitung der Richtlinien für die Nutzung städtischer Einrichtungen nebst Entgeltordnung einschließt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

k) auf Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion

Der Jahreszuschuss der Stadt für die Alte Drahtzieherei wird für 2014 auf 187.500.- Euro gedeckelt. Weitere 7.500.- Euro werden zugunsten des Hauptausschusses in seiner Novembersitzung gesperrt. Der Rat erwartet, dass, wenn darüber hinaus gehende wirtschaftliche Verbesserungen der GmbH/ Bürgerstiftung erzielt werden, diese dann der Rücklage der Einrichtung zugeführt werden.

Die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Alten Drahtzieherei im Rat (schriftlich) und Haupt- und Finanzausschuss (mündlich) wird fortgesetzt.

....

Der Haupt- und Finanzausschuß wird sich auch insbesondere den Themen Stundenverrechnungssätze und Nutzungen durch die Stadt und ihrer Einrichtungen und Gliederungen befassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen

l) auf Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion

(5000004 Grunderwerb) Zur Sicherstellung einer vorausschauenden Flächenpolitik werden weitere 300.000.- Euro für Grundstücksankäufe (für Gewerbe-, und/oder Ausgleichsflächen) in den Haushalt eingestellt (insgesamt 380.000.- Euro). Der Teilergebnisplan 16.01. „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

m) auf Antrag Nr. 6 der SPD-Fraktion

Produktbereich Sport – Vor einer Auftragsvergabe Planung und später Erneuerung der Tartanbahn Stadion Mühlenberg wird die Verwaltung im Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur über den Stand der Vorberatungen, insbesondere zur Finanzierung (Berücksichtigung von Komplementärmitteln Dritter) berichten. Unter anderem ist die Gesamtsituation Stadion Mühlenberg (Nutzungsmöglichkeiten durch Schulen, Vereine, Dritte und den TV Wipperfürth zu berücksichtigen).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

n) auf Antrag Nr. 7 der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Schulleitung des E.v.B.-Gymnasiums der Stadt Hückeswagen und der Schulleitung der Sekundarschule Hückeswagen die Kooperationsbereitschaft des städtischen Gymnasium Wipperfürth für ein qualifiziertes Oberstufenangebot zu unterbreiten. Im Ausschuss für Schule und Soziales ist zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

o) auf Antrag Nr. 8 der SPD-Fraktion

(Teilergebnisplan Märkte 1.15.03.) Die Verwaltung wird beauftragt, sich verstärkt für eine Qualitätssicherung des Freitagsmarktes einzusetzen. Mindestens ist der Bestand an Marktbeschickern sicher zu stellen, aber darüber hinaus auch weitere attraktive Anbieter zu gewinnen. Möglichkeiten regionale Anbieter von Selbsterzeugnissen (Brot, Käse, Wurst, Fleisch, Milchprodukte), Stichwort Bauernmarkt, für einen Stand auf dem Markt sind zu prüfen bzw. zu intensivieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

p) auf Antrag Nr. 1 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird aufgefordert Fördermöglichkeiten zur Instandsetzung unserer Straßen, Wirtschaftswege und sonstigen Verkehrswege zu ermitteln. Die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten zur Umsetzung von Maßnahmen sollten dem Fachausschuss zur Entscheidung vorgestellt werden.

Ggf. sind Möglichkeiten zur Förderung gekoppelt an Umfang oder Mindestgrößen. Diese Rahmenbedingungen sollen der Politik vorgestellt und entsprechende Aufgaben an die Fachabteilungen erteilt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

q) auf Antrag Nr. 2 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt die derzeitige DSL-Versorgung der Stadt zu analysieren und Schwachstellen dem Fachausschuss aufzuzeigen. Mögliche Maßnahmen der Verbesserung und Förderung sollen recherchiert und ebenso zur Kenntnis gebracht werden.

Ggf. gibt es Notwendigkeiten zur Verbesserung, da die Datenströme immer größer werden und das Internet als Wirtschafts- und Bildungsfaktor gesehen wird. Teile der Netzausbreitung sind auch im interkommunalen Dialog anzustoßen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

r) auf Antrag Nr. 3 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird aufgefordert die Maßnahmen zur Instandhaltung des Stadions am Mühlenberg der Politik vorzustellen. Wenn möglich auch eine Priorisierung der Maßnahmen, die laut HS 2014 über mehrere Jahre geplant sind. Ferner sind finanzielle Beteiligungen (ähnlich wie bei den Kunstrasenprojekten) zu erarbeiten. Bis zur vollständigen Klärung der Maßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten, sollten die Ausgaben gesperrt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen

s) auf Antrag Nr. 4 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründe für die Kostensteigerung der Schülerfahrtkosten der Grund- und Sekundarschulen dem Fachausschuss vorzustellen.

Gleichzeitig sollten die derzeitigen Fahrverträge mit der OVAG etc. thematisiert werden. Für kommende Diskussionen ist es hilfreich die Gründe für die hohen Schülerbeförderungskosten, trotz sinkender Schülerzahlen, zu kennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen

t) auf Antrag Nr. 5 der UWG-Fraktion

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Möglichkeiten und die damit verbundenen Kosten für einen offenen Internetzugang (ähnlich eines HOTSPOT) im Bereich des Marktplatzes zu erarbeiten.

Ergebnisse und die daraus sich ergebenden Möglichkeiten sollten zur Entscheidung gebracht werden, ob Wipperfürth, ähnlich wie andere Gemeinden, ihren Bürgern diesen Zugang ermöglichen kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

u) auf Antrag der FDP-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Haushaltskonsolidierung zu entwickeln mit dem Ziel, für das Jahr 2015 und folgende keine Netto-Neuverschuldung in den Bereichen

- nicht rentierliche Investivkredite und
- Kassenkredite

mehr zuzulassen. Damit können neue Investitionen grundsätzlich nur in Höhe gleichzeitiger Tilgung von Altkrediten erfolgen. Ausnahmen müssen durch Ratsbeschluss genehmigt werden.

Das Konzept soll spätestens zur HFA-Sitzung am 25. November 2014 vorgelegt werden, damit es in die Haushaltsplanung 2015 einfließen kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen

2. Den vom Unterausschuss Personal am 21. Januar 2014 empfohlenen Änderungen des Stellenplanes 2014 gegenüber dem eingebrachten Entwurf (**Anlage 1 zur Vorlage**) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der von der Verwaltung in der Sitzung des Rates am 11. Dezember 2013 eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2014 mit dem dazu gehörenden Haushaltsplan und seinen Anlagen (insbesondere Haushaltssicherungskonzept 2014 - 2024) wird unter Berücksichtigung der Teilbeschlüsse zu 1. und 2. einschließlich der seit Einbringung bis heute eingetretenen Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans lt. beiliegendem 2. Veränderungsnachweis (**Anlage 3 zur Vorlage**) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Beginn halten die Fraktionsvorsitzenden die als Anlagen beigefügten Haushaltsreden, wobei jeweils das gesprochene Wort gilt.

Anschließend lässt Bürgermeister **von Rekowski** über die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf abstimmen.

Vor der Abstimmung über die Anträge Nr. 4 und 5 der CDU-Fraktion erklären CDU-Fraktion und SPD-Fraktion, sich darüber verständigt zu haben, dass über den Antrag Nr. 2 der SPD-Fraktion nicht mehr abgestimmt werden muss, weil er nahezu identisch ist mit den Zielsetzungen der beiden CDU-Anträge.

Im Anschluss an die Abstimmung über den Antrag Nr. 5 der UWG-Fraktion (siehe Beschluss unter Buchst. o) werden die Anträge Nr. 1 (betreffend Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Demografiebeauftragten etc.) und Nr. 2 (betreffend Fortschreibung des Einzelhandelsgutachtens und Citymanagement) der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen jeweils bei 3 Stimmen für die Anträge mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Vor der Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion (siehe Beschluss unter Buchst. u) stellt die SPD-Fraktion im Rahmen einer längeren Diskussion den Änderungsantrag, über diesen Antrag abstimmen zu lassen, wobei aber das Konzept nicht spätestens zur HFA-Sitzung am 25. November 2014, sondern spätestens zur Ratssitzung am 13. Mai 2014 vorgelegt werden soll.

Dieser Änderungsantrag wird bei 7 Stimmen dafür und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Eine Abstimmung über Ziffer 2 des Beschlussentwurfs gemäß Vorlage (betreffend den Antrag der Bürgerstiftung „Wir Wipperfürther“) entfällt, nachdem der Rat dem Antrag Nr. 4 der SPD-Fraktion zugestimmt hatte.

Anlagen:

Anlage 1: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Scherkenbach (CDU)

Anlage 2: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Frank Mederlet (SPD)

Anlage 3: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Harald Koppelberg (UWG)

Anlage 4: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Andreas Schmitz (B.90/Die Grünen)

Anlage 5: Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Josef Schnepfer (FDP)

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
Friedhelm Scherkenbach**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

der Haushalt für das Jahr 2014 steht sicherlich unter einem besonderen Stern:
Rekordeinnahmen in der Gewerbesteuer mit nahezu 20 Mio. €, dagegen aber steigt unsere
Verschuldung alleine von Ende 2012 bis Ende 2014 um 9,8 Mio.€!

Auf den ersten Blick sicherlich ein tötendes Argument für jeden Haushalt und es
spricht vieles dafür, diesen Haushalt abzulehnen, wie es die Opposition in den Jahren vor
2009 auch regelmäßig getan hat.

Aber auf den zweiten Blick gibt es genügend Gründe, warum dieser Schuldenanstieg nicht
gebremst werden konnte:

keine Landeszuweisungen und dennoch eine Kreisumlage von rund 14 Mio. €, welche trotz
Reduzierung des Kreisumlagesatzes gegenüber dem Jahr 2013 um rund 2,4 Mio. € gestie-
gen ist. Weitere Kostenübernahmen, die eigentlich von Land und Bund getragen werden
müssten (auch Konnexitätsprinzip genannt), so z. B. die Ausbauten der U3 Betreuung, füh-
ren zu außerplanmäßigen Belastungen unseres Haushaltes. Zusätzliche Belastungen wer-
den auf unseren Haushalt zukommen, wenn ich nur an die Kosten denke, die für Inklusion
in den Schulen von den Kommunen aufgebracht werden müssen. Das Land wird sich, wie
im Verfahren im Kreis Viersen bestätigt, nicht an den Kosten für die Inklusionshelfer betei-
ligen, sondern diese Kosten sind dann wiederum vom Schulträger zu zahlen - also von uns.

Ebenso werden alle Sparmaßnahmen einer Kommune durch den oft diskutierten Kommu-
nalsoli bestraft, denn wer keine Landeszuweisungen bekommt, muss diese Abgabe zahlen
auch, wenn er keinen ausgeglichenen Haushalt hinlegt. Somit wird Wipperfürth, aus heuti-
ger Sicht, ab dem Jahr 2015 in diesen Topf einzahlen müssen; wir aber auf der kommun-
alen Ebene zerbrechen uns derweil die Köpfe, wie wir den strukturellen Haushaltsausgleich
im Jahre 2017 hinbekommen. Dieses wird nur mit einem stringenten Sparkurs gelingen.
Daher werden wir auch dem heutigen Antrag der FDP-Fraktion zustimmen. Wenn wir nicht
zeitnah die Schuldenbremse ziehen, wird man den Haushaltsausgleich nur mit höheren
Steuern für die Bürgerinnen und Bürger erreichen können.

Doch bevor es soweit ist sollten wir uns dem Haushalt 2014 widmen.

An unseren Anträgen, aber auch an den Anträgen der anderen Fraktionen sehen Sie, dass
es kaum Spielraum für den diesjährigen Haushalt gibt.

Unser erster Antrag befasst sich mit der **Stadtbücherei**:

Unter dem Motto "Kinder lesen kostenlos" soll allen Kindern und Jugendlichen bis zum Er-
reichen des 18. Lebensjahres ein freier Zugang zum altersgerechten Medienangebot der
Stadtbücherei ermöglicht werden.

Lesefähigkeit ist ein wichtiger Baustein für Spracherwerb, Wortschatz und Ausdrucksvermö-
gen. Schon in den ersten Lebensjahren ist ein kostenloser Zugang zu Bildung die Voraus-
setzung, um gleiche Chancen für alle Kinder zu schaffen.

Für die gesamte schulische Laufbahn (und darüber hinaus) sind Medien- und Informationskompetenz die Grundlage zum Erfolg.

Zudem soll dieses familienfreundliche Angebot generell die Schwellenangst für die Nutzung der Bücherei senken. Gerade durch die ständige Präsenz von PC und Internet sollte der freie Zugang zum Buch die Medienvielfalt unterstützen. Nur wenn die Kinder früh an die Nutzung von Büchern und Bibliotheken herangeführt werden, bleibt diese auch in späteren Jahren erhalten. An dieser Stelle vielen Dank an die engagierten Mitarbeiter der Stadtbücherei, die eine hervorragende Arbeit leisten.

Unser zweiter Antrag befasst sich mit einem immer wieder wichtigen Thema: die **Gebührenordnung**.

Bereits in den vorangegangenen Haushaltsreden, aber auch in den jeweiligen Sitzungen des Fachausschusses hat die CDU-Fraktion immer wieder gefordert, Einsparpotenziale in den Gebührenhaushalten aufzuzeigen, um die Bürgerinnen und Bürger hierdurch zu entlasten, denn die Gebührenordnung darf kein Freifahrtschein zum Geld ausgeben sein.

Dass wir das Wetter nicht beeinflussen können, ist jedem klar, somit muss man bei der Gebührenordnung für den Winterdienst auf die Gegebenheiten reagieren. Wo aber sehr wohl reagiert werden kann, sind die Gebühren für Friedhof und Abwasser.

Die Landschaft im Friedhofswesen hat sich enorm verändert. Bereits bei der Wegebereisung im Jahr 2009 wurde seitens der Politik gefordert, dass man über Verkleinerungen der Flächen nachdenkt. Die benötigten Flächen werden durch die vermehrten Urnenbestattungen nicht mehr in dem Ausmaß benötigt wie bisher. Wir wissen, dass man an den sehr sensiblen Bereich Friedhof mit viel Fingerspitzengefühl herangehen sollte, allerdings müssen wir der Entwicklung im Friedhofswesen Rechnung tragen. 4 Jahre später!!, im Bauausschuss in der vergangenen Woche, kam dann – auf Anregung des jetzigen Bürgermeisters - die Idee auf, einen Arbeitskreis zu bilden nach dem Motto: „Wenn man nicht mehr weiter weiß, dann bilde einen Arbeitskreis“.

Ebenso verhält es sich bei den Gebühren im Abwasserbereich:

Der Wasserverbrauch geht kontinuierlich jedes Jahr zurück. Daher fällt auch weniger Abwasser an. Wie geht aber die Verwaltung unter Führung des amtierenden Bürgermeisters damit um? Jahr für Jahr werden enorme Summen in den Abwasserbereich eingestellt. Von möglichen Ansätzen der Einsparung ist nichts zu erkennen.

Das Abwasserbeseitigungskonzept wird jedes Mal vorgeschoben, welches es gilt einzuhalten. Das ist sicher richtig, und wir wollen auch eine vernünftige und funktionierende Kanalisierung beibehalten.

Allerdings ist es absolut unverständlich, wenn jährlich die enorm hohen Summen z. B. in der Position „Fremdwassersanierung Hönnigetal“ in den Haushalt eingestellt werden. Hier sind scheinbar gewaltige Umweltschäden zu befürchten, ansonsten können wir uns diesen hohen Kapitaleinsatz nicht erklären. Aber auch andere Bereiche im Abwasser müssen dringend durchleuchtet werden, um Einsparungen aufzuzeigen. Bereits im vergangenen Jahr wurde aufgrund der Zahlen der vorhergehenden Jahre die Summe im Bereich „Sonstige Kanalsanierungen“ um 100.000,00 € gekürzt. Dieses war auch als Zeichen gedacht, um hier ein Umdenken zu ermöglichen. Natürlich sollen dann wenn nötig, Reparaturen/ Sanierungen durchgeführt werden. Diese müssen dann allerdings aus dem Bereich Stadtentwässerung kompensiert werden. Aber es fehlt uns die Einsicht, die Gebührenordnung nicht als Freifahrtschein zu benutzen? Es geht immerhin um das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger. Daher haben wir auch in diesem Jahr beantragt, diese Position um die gleiche Summe wie im vergangenen Jahr zu kürzen.

Die CDU-Fraktion ist auf Dauer nicht mehr gewillt, dieses Vorgehen im Gebührenhaushalt zu tolerieren. Wir fordern daher den Bürgermeister auf diesen Antrag ernst zu nehmen und hierzu die gewünschten Ansätze aufzuzeigen.

Zu Sparmaßnahmen sollte auch der Antrag der CDU aus dem Jahre 2011 dienen:

Für alle investiven Maßnahmen, sowie bei Generalinstandsetzungen von Gemeindestraßen, Sanierungsmaßnahmen an weiteren Bauwerken, sprich Kanäle, Straßenbeleuchtung, Brücken etc. werden zukünftig den zuständigen Fachausschüssen mindestens zwei Varianten der Ausführung mit entsprechenden Kostenkalkulationen vorgestellt. Neben den reinen investiven Kosten sollte auch soweit möglich eine Gegenüberstellung von Folgekosten der unterschiedlichen Standards erfolgen. Der Fachausschuss wird dann über den Standard der Ausführung entscheiden.

Auch mit diesem Antrag, der nun schon 3 Jahre zurückliegt!!!, sollten Einsparpotenziale herausgearbeitet werden. Das einzige, was bisher rüber kam, waren alle möglichen Gründe, warum diese 2 Varianten Möglichkeit **nicht funktioniert**.

Natürlich ist uns bewusst, dass hier durch evtl. höhere Planungskosten entstehen, allerdings erwarten wir dafür bei der Umsetzung der günstigeren Variante gewisse Einsparpotenziale. Was wurde aber bisher von diesem Antrag, der übrigens einstimmig verabschiedet wurde, umgesetzt? **Nichts!!**

Wenn es um Einsparungen geht, steht in der freien Wirtschaft immer gerne das Thema **Fuhrpark** vorne an. Im diesjährigen Haushalt wird für den neuen Leiter des Bauhofes ein Dienstwagen beantragt. Diesem werden wir auf jeden Fall zustimmen, da wir diese Anschaffung für absolut notwendig ansehen. Der neue Bauhofleiter hat bereits in den ersten Monaten seiner Dienstzeit gezeigt, wo Veränderungen in den Abläufen möglich sind, hat es aber auch sehr gut verstanden die Mitarbeiter der beiden Bauhöfe zusammenzuführen und ein gutes Miteinander zu schaffen. Daher an dieser Stelle schon mal vielen Dank an den Leiter und vor allem an alle Mitarbeiter des neuen Bauhofes, für die Umsetzung dieses Projektes.

Dennoch ist es auch hier wichtig herauszufinden, wo evtl. Sparmöglichkeiten gegeben sind. Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion beantragt für den Bauausschuss im April eine Auflistung des gesamten Fuhrparks zu erstellen. Gerade vor dem Hintergrund der geplanten Investitionen in den Fuhrpark in den Jahren 2014 ff. ist es erforderlich, eine aktuelle Bestandsaufnahme vorzunehmen und über Notwendigkeiten und Planungen im Fachausschuss zu beraten.

Mit Blick auf 2017 müssen wir alles in Betracht ziehen den so wichtigen Haushaltsausgleich zu schaffen. Und bevor es zu Steuererhöhungen kommt müssen alle Einsparmöglichkeiten durchleuchtet werden.

Hier sind alle Mitarbeiter der Verwaltung, und insbesondere der Bürgermeister gefragt, hieran zu arbeiten, denn gerade sind sie es doch, die für die Bürgerinnen und Bürger da sind.

Einsparungen gehen meistens auch zu Lasten von gewissen Standards. Diese gilt es aber erst einmal festzulegen. Daher möchten wir mit unserem Antrag, **gemeinsame Standards** mit Hückeswagen zeitnah festzulegen, den nächsten Schritt machen. Jeder will natürlich das liebgewonnene beibehalten, allerdings ist das in Zeiten von knappen Kassen nicht immer möglich. Auch hier ist zuerst die Verwaltung gefragt, ob es Möglichkeiten bei den inter-nen Standards gibt, bevor man an die Standards für die Bürgerinnen und Bürger herangeht. Ein negatives Beispiel für Einsparmöglichkeiten ist die Mittelanmeldung eines neuen **Sitzrasenmähers für das Mühlenbergstadion**. Das zurzeit eingesetzte Gerät ist aus dem Jahre 2009 und soll bereits nach 6 Jahren im Jahre 2015 ersetzt werden. Hat man es im Haushalt 2012 noch mit einem Roboterrasenmäher in Höhe von 15.000,00 € versucht, so nimmt man für das nächste Jahr dann eine andere Variante, die gleich das Doppelte kostet.

Alleine durch die Tatsache, dass alle vom Sparen sprechen, ist es in unseren Augen nicht nachvollziehbar diese Neuanschaffung für 2015 anzumelden. Daher beantragen wir bereits heute, diese Anschaffung abzulehnen und hoffen, dass dieses Zeichen in der Verwaltung ankommt.

Ein ganz wichtiger Standard für die Bürgerinnen und Bürger ist unsere **Straßenbeleuchtung**. Als Einsparung gedacht wurden die Leuchten nach lang geführten Diskussionen auf Halbnachtschaltungen umgestellt.

Die CDU hatte in diesen geführten Diskussionen immer die Situation in den Nachbarkommunen angeführt, wo nachts lediglich jede zweite Laterne ausgeschaltet ist, um hier die Ganzabschaltung zu verhindern.

Immer wieder wurde betont, dass dies nicht möglich sei, da durch die Hell - Dunkel - Hell Situation Gefahren für den Verkehr entstehen. Nun aber, kurz vor der Wahl des Bürgermeisters kommt es zu Wahlgeschenken des Amtsinhabers. Es ist auf einmal doch möglich, diese gängige Praxis der Nachbarkommunen zu übernehmen, heute ist es auch nicht mehr verkehrgefährdend, diese Nachtschaltung zu übernehmen. Wir freuen uns natürlich sehr darüber, dass nun nach 4 Jahren auch der Bürgermeister unsere damalige Idee aufgegriffen hat und umsetzt. Jedoch fragen wir uns schon, warum der Bürgermeister die Bürgerinnen und Bürger durch diese Politik des „es geht nicht“ im Dunkeln hat stehen lassen.

Jahrelang wurden nicht nur wir, der Rat und der Fachausschuss, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger mit der Information, der örtliche Energieversorger und die Kreispolizeibehörde hätten diese Möglichkeit abgelehnt, in die Irre geführt.

Die positiven finanziellen Auswirkungen dieser 4 jährigen Nachtabschaltung wurden vom Bürgermeister in der letzten Bauausschusssitzung dargestellt und auch die Einführung der LED-Beleuchtung, die durch diese Diskussionen erst in Gang gebracht wurden, sind die positiven Ergebnisse der Nachtabschaltung. Doch selbst die Umstellung der LED-Beleuchtung wurde erst jetzt durch Kommunalaufsicht genehmigt, obwohl die Wirtschaftlichkeit/Amortisierung noch nicht in Gänze nachgewiesen wurde. Um jetzt, so kurz vor der Wahl, noch Erfolge vorzeigen zu können, kommt dann die Rolle rückwärts.

Wie hatten Sie in Ihrem Wahlprogramm 2009 gesagt? „Ich will Wipperfürth in ein anderes Licht rücken!“. Das, Herr Bürgermeister, haben sie bis dato nicht geschafft.

Unser nächster Antrag bezieht sich auf die geplante Umstellung des E.v.B.-Gymnasiums auf die Ganztagschule. Die Hansestadt Wipperfürth als Schulstadt ist froh, alle Schulformen anbieten zu können. Um gegenüber den Nachbarkommunen konkurrenzfähig zu bleiben (Hückeswagen und Radevormwald bilden zur Zeit die neue Schulform Sekundarschule), haben sich Lehrer und Eltern des E.v.B.-Gymnasiums dazu entschlossen, die eigene Schulform auf den Ganztage auszurichten.

Durch ein einstimmiges Votum unseres Stadtrates wurde diese Entscheidung gestützt. Diese Entscheidung heißt aber auch, nun schon die Weichen zu stellen, damit die Umsetzung dann auch problemlos möglich ist. Um hier einen Überblick zu bekommen, unter welchen finanziellen und baulichen Voraussetzungen diese Umstellung möglich ist, benötigen wir dringend diese Rahmenbedingungen. Die beantragte Verpflichtungsermächtigung dient dazu, zügig mit der Maßnahme beginnen zu können.

Wir alle erhoffen uns hierdurch stabile Schülerzahlen an unserem städt. Gymnasium.

Gleichzeitig darf man natürlich nicht vergessen, dass wir nach wie vor alle Schulformen anbieten. Rechnet man nun noch das Berufskolleg dazu, dann können wir schon mit Stolz von der „Schulstadt Wipperfürth“ sprechen.

Ein immer wieder diskutiertes Thema sind die Schülerbeförderungskosten. Hierzu gibt es den Antrag der UWG, den wir auch unterstützen werden. Immer wieder wurden von unserer Fraktion im Fachausschuss die ständig steigenden Kosten kritisch hinterfragt. Bei sinkenden Schülerzahlen dürften die Kosten eigentlich nicht ständig nach oben gehen. In einer Reportage von Radio Berg in der vergangenen Woche war zu hören, dass sogar weniger Busse eingesetzt werden, da die Schülerzahlen rückläufig sind.

Wie, so frage ich Sie, Herr Bürgermeister, haben Sie darauf reagiert??

Denn der Fachbereich Schulen fällt unter Ihr Ressort!! Die Antwort ist sehr einfach: Der laufende Vertrag hat sich stillschweigend verlängert, da Sie die Kündigungsfrist verstreichen ließen.

Zu dem Bereich Schulen sollte man auch die hervorragende Arbeit unserer Kindergärten und Kindertagesstätten erwähnen. Nach den enormen Umbauten für die U 3 Betreuung, haben wir ein gutes Angebot für alle Altersgruppen den Kindergarten zu besuchen.

Gerade junge Eltern die berufstätig sind möchten ihre Kinder in einer vernünftigen Betreuung unterbringen. Hier werden wir sicher in Zukunft auch über die Weiterentwicklung der Öffnungszeiten nachdenken müssen, denn es wird immer mehr zeitliche Flexibilität verlangt und diesem müssen wir in Zukunft Rechnung tragen.

Neben den Erzieherinnen möchte ich an dieser Stelle aber auch einmal dankend die Mitarbeiter des Jugendamtes erwähnen, die die Konzepte der Kindergärten erarbeiten und gemeinsam im Sinne der Kinder und der Eltern umsetzen.

Aber nicht nur die Schullandschaft wandelt sich. Auch unser Stadtbild hat sich in den letzten 5 Jahren enorm gewandelt:

Fertigstellung der Bahntrasse,

Fertigstellung der Ohler Wiesen,

Fertigstellung des gemeinsamen Bauhofes Wipperfürth/Hückeswagen.

Das Innenstadtkonzept wurde auf den Weg gebracht.

Der Umbau Klosterberg wurde auf den Weg gebracht.

Große Projekte, die in den letzten 5 Jahren umgesetzt wurden, die Sie, Herr Bürgermeister von Rekowski in Ihrer Haushaltsrede am 11.12.2013 zur Einbringung des Haushaltes - oder sollte ich lieber „Wahlrede“ sagen - ausführten.

Große Projekte, die Sie nach Ihrer Wahl zum Bürgermeister aufnahmen und auch zu einem sehr guten Ende führten, wofür **wir** Ihnen herzlich danken.

Aber ich will an dieser Stelle schon daran erinnern, dass alle diese Projekte unter Ihrem Vorgänger, unserem ehemaligen CDU-Bürgermeister Guido Forsting in Gang gebracht wurden, denn dieses wurde nicht nur in Ihrer Haushaltsrede, sondern auch bei allen möglichen Anlässen immer wieder vergessen, zu erwähnen.

Gerade diese aufgeführten Großprojekte dienen der Zukunft unserer Stadt, und so waren es seinerzeit die richtigen Entscheidungen, diese auf den Weg zu bringen, und es war auch richtig vom damaligen Stadtrat, diese wichtigen Projekte immer mit großer Mehrheit zu entscheiden.

Dieses gilt auch für das nun anstehende Großprojekt: das Innenstadtkonzept.

Bereits 2007 wurde dieses Konzept auf den Weg gebracht, damals allerdings noch unter der Prämisse „wir haben zu wenig Parkplätze“.

Die Untersuchungen haben sehr schnell ergeben, dass es sich nicht um ein Parkplatzproblem handelt, sondern um ein Verkehrsproblem. Somit wurde im Laufe der letzten Jahre dieses Innenstadtkonzept entwickelt. Wieder mit großer Mehrheit konnten wir dieses dann im Herbst 2012 auf den Weg bringen.

Viele Informationsveranstaltung, Bürgersprechstunden und auch enormer Einsatz der Mitarbeiter der Bau- und Planungsabteilung haben es geschafft, dieses Konzept in die Öffentlichkeit zu bringen.

An dieser Stelle unseren herzlichen Dank an alle Mitarbeiter der genannten Abteilung und auch an Dr. Reimar Molitor der als Moderator immer die richtigen Worte und auch die richtige Ansprache fand.

Ich erinnere an dieser Stelle schon noch mal daran, dass es die CDU war, die die ersten Öffentlichkeitsveranstaltungen zu den Themen Verkehrskonzept und Gestaltung der Innenstadt in der Alten Drahtzieherei veranstalteten. Erst dadurch kam das Thema Innenstadtkonzept in Fahrt und der Bürgermeister nahm sich dessen an.

Und dennoch müssen wir die Sorgen und Ängste, aber auch die Anregungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, der Anwohner und vor allem des örtlichen Handels sehr ernst nehmen.

So war es immer eine Forderung der Politik, zunächst die Peripherie um die Stadt herum herzustellen, damit es nachher keinen Verkehrskollaps auf der Nordtangente gibt. Die Ampelschaltung von Gladbacher Straße über Kölner Tor Platz, Westtangente bis hin zur Leiersmühle muss unbedingt vorher umgestellt werden, damit der aufkommende Verkehr zügig abfahren kann. Mit der jetzigen Einstellungen dieser Ampeln wird es nicht funktionieren. Man sieht dieses schon bei den Sperrungen der Innenstadt bei Stadtfesten oder Markierungsarbeiten. Ebenso ist die Ampelschaltung der Ringstraße (Gaulstraße/ Gladbacher Straße) eher verkehrshemmend als -fördernd. Hierzu gibt es auch Simulationen, wie sie erst kürzlich für die große Ampelkreuzung in Niederseßmar angewandt wurde, um präzise die Einstellungen der Ampelanlagen zu programmieren. Insbesondere diese Punkte wurden in den Sitzungen des Arbeitskreises angesprochen und von Ihnen, Herr Bürgermeister, zugesagt. Zu der Außenperipherie gehört aber auch das angedachte Parkdeck. Unser heutiger Prüfauftrag soll aufzeigen, wie eine frühestmögliche Umsetzung des geplanten Parkdecks am Radiumparkplatz ermöglicht werden kann.

Auch wenn es, wie vorhin genannt, kein Parkplatzproblem in der Stadt gibt, so sehen wir dieses neu zu schaffende Parkdeck als Möglichkeit an, innenstadtnahe Parkplätze zu schaffen, die dem Handel dienen werden, die aber auch von Besuchern der Stadt genutzt werden können.

Insbesondere den Besuchern und Touristen wollen und müssen wir unsere Stadt von besserer Seite präsentieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf den zweiten Antrag der Grünen Fraktion eingehen. Die Einstellung eines City Managers ist bereits beschlossen. Einem weiteren Einzelhandelsgutachten können wir auch nicht zustimmen, da erst vor gut 1,5 Jahren ein zusätzliches GMA Gutachten erstellt wurde.

Daher lehnen wir diesen Antrag ebenso ab wie deren ersten Antrag zum Thema Demographie. Zurzeit sind im Haushalt bereits 13.333,-- € für diesen Zweck eingestellt, daher sehen wir keine weiteren Mittel in unserem diesjährigen Haushalt.

Die Arbeit und das Engagement zum Demographischen Wandel in Wipperfürth und den Kirchdörfern sind nicht nur anerkennenswert, sondern für die jeweilige Region zukunftsorientiert.

Als Anerkennung dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten wird die CDU Wipperfürth dem Demographieforum Kreuzberg den diesjährigen Bürgerpreis auf dem Neujahrsempfang überreichen.

Zum Bild unserer Stadt gehört nun schon seit vielen Jahren die Alte Drahtzieherei unter der Bürgerstiftung „Wir Wipperfürther“.

Über die Stadtgrenzen hinaus ist diese Stiftung ein Magnet für viele Besucher der Drahtzieherei, aber auch ein Garant für soziale Unterstützung geworden: KuBa, Wipp Kids und nun auch die Wipperfürther Tafel, um nur Einige zu nennen.

Die von uns geforderte Sperre in Höhe von 20.000,-- € der Zuschüsse im Haushaltsjahr 2013 wurde in der vorletzten HFA-Sitzung im November aufgehoben und gegen Verwendungsnachweis freigegeben.

In der letzten HFA-Sitzung vorige Woche berichtete der Vorsitzende der Bürgerstiftung Jürgen Becker über die sehr gute und positive Entwicklung der Stiftung. Wir gehen sogar davon aus, dass diese 20.000,-- € gar nicht abgerufen werden müssen und sind daher sehr zuversichtlich, dass die finanzielle Situation der Stiftung sich Jahr für Jahr verbessern wird. Der heute von der SPD gestellte Antrag zu den Jahreszuschüssen geht in dieselbe Richtung wie unser letztjährig gestellter Antrag, daher können wir diesem auch so zustimmen.

Den eben schon erwähnten Wandel unseres Stadtbildes müssen wir nutzen, um viele Touristen nach Wipperfürth zu holen. Ich habe es in den vorangegangenen Haushaltsreden immer wieder betont: Wir haben mit den Projekten der Regionale 2010 (Ohler Wiesen, Bahntrasse) eine Basis geschaffen, die es nun heißt zu vermarkten. Da ist neben der Gastronomie und Handel auch die Stadtverwaltung gefragt. Um hier eine professionelle Unterstützung zu bekommen, wurde nun auf Betreiben der CDU endlich **ein/e Tourismusbeauftragte/r** ausgeschrieben.

Jedoch auch bis zu diesem Punkt der Ausschreibung war es wieder ein langer Weg. Ein gültiger Ratsbeschluss vom 31.01.2013 zum runden Tisch wurde einfach ignoriert und erst ein neuerlicher Antrag der CDU im September zum Fachausschuss ließ den Bürgermeister aktiv werden und der runde Tisch wurde daraufhin kurzfristig eingeladen. Ebenso ging der Bürgermeister mit der Ausschreibung der Stelle des Tourismusbeauftragten um. Im November war bereits das Stellenprofil der Stelle klar herausgestellt worden, wann wurde aber diese Stellenausschreibung veröffentlicht: am 20.1.2014. Zwei ganze Monate später. Nun aber mit einer solch kurzen Frist, die in der normalen Wirtschaft aufgrund von Kündigungsfristen gar nicht einzuhalten sind.

Herr Bürgermeister, der Tourismus wird für unsere Stadt ein ganz wichtiges Element der Zukunft sein und werden, da bin ich mir sicher. Daher sollten Sie diese Anträge mit mehr Ernsthaftigkeit umsetzen. Eine Fülle von Arbeit wird auf diese neue Stelle zukommen, die Netzwerke für den Tourismus in Wipperfürth herzustellen, aber noch viel wichtiger diese dann auch zu nutzen. Ein Konzept erstellen ist das Eine. Dieses umzusetzen ist jedoch etwas ganz anderes.

Hier wurde nach unserem Dafürhalten von Ihrer Seite viel zu wenig getan. Denn Sie waren es, der noch im Wahlprogramm 2009 den Tourismus als eines Ihrer Wahlziele herausgestellt haben.

Ebenso ein Thema aus ihrem Wahlprogramm ist das Thema **Gewerbe**. Seit nunmehr 5 Jahren weist die CDU-Fraktion in ihren Haushaltsreden immer wieder darauf hin, das bestehende Gewerbe zu sichern und neue Flächen auszubauen.

Neben Arbeitsplätzen wird durch Industrie und Handwerk auch die Infrastruktur gestärkt. Kindergärten, Schulen und auch unser Handel in Wipperfürth lebt davon, dass Menschen sich hier in Wipperfürth ansiedeln. Daher bringen Gewerbegebiete nicht nur Steuern in die Stadtkasse, nein; Gewerbegebiete sind auch ein Garant für Menschen und Familien, die hierhin ziehen. Sich nur auf das Gewerbegebiet Klingsiepen III zu berufen, ist zu wenig. Ständig wurde in dem Fachausschuss über das Thema Gewerbegebiete gesprochen. Handfestes ist bisher allerdings noch nicht herausgekommen.

5 Jahre Stillstand in diesem Bereich – und wie heißt es doch „Stillstand ist Rückschritt“.

Auch hier haben Sie Ihr Wahlziel klar verfehlt.

Keinen Stillstand hat es im **sportlichen Bereich** gegeben.

Alle Wipperfürther Sportplätze sind bzw. werden mit Kunstrasenplätzen ausgestattet. Nachdem die Politik den Vereinen die Voraussetzungen geschaffen hat, kann man an dieser Stelle nur den ehrenamtlichen Helfern in den Vereinen für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz danken.

Hier wurde Zukunftssicherung für den Sport betrieben, aber auch für die Jugendarbeit in den Vereinen.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Anträge der anderen Fraktionen, die sich auf das Mühlenbergstadion beziehen.

Wir können und werden diesen Anträgen zustimmen, denn es ist nur gerecht, wenn die Vereine, die das Mühlenbergstadion nutzen, sich ebenso an den Kosten beteiligen wie es die Dorfvereine mit den Kunstrasenplätzen vorgemacht haben. Natürlich sollten wir hierbei nicht vergessen, dass die LG Wipperfürth und der TV Wipperfürth bereits den Gymnastikraum auf eigene Kosten errichtet hat. Somit wurde bereits ein großer Anteil von Eigenleistung erbracht.

Zum Thema Mühlenberghalle gibt es heute Abend einen eigenen Tagesordnungspunkt, daher möchte ich diesen Punkt nicht in der Haushaltsrede behandeln, sondern werde gleich die Meinung der CDU Fraktion vortragen.

Am Ende meiner Rede möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute und kompetente Zusammenarbeit zu bedanken. Ich bedanke mich aber auch bei Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, für die konstruktive Arbeit in den Ausschüssen und im Rat. Dies nicht nur im letzten Jahr, sondern auch in der ablaufenden Wahlperiode insgesamt.

Wir alle haben das Ziel, unsere Hansestadt Wipperfürth nach vorne zu bringen, und ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Die nächsten Monate werden sicher durch den Wahlkampf geprägt sein, aber wir sollten nicht vergessen, diesen fair und sachorientiert zu führen. Ich bin mir sehr sicher, dass uns allen dieses gelingen wird und danke Ihnen fürs Zuhören.

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
Frank Mederlet**

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt, am besten mit Genehmigung der Kommunalaufsicht, ist die entscheidende Grundlage für kommunalpolitisches Handeln.

Unser Dank gilt dem Bürgermeister und vor allem dem Kämmerer und seinem Team für den unermüdlichen Einsatz den „Zustimmungsstempel der Kommunalaufsicht“ zu erhalten.

Die Einsicht in die Unabdingbarkeit eines genehmigten HSK ist Maxime des Handelns geworden.

Das HSK 2013 wurde genehmigt und für 2014 können wir ebenfalls optimistisch sein. Nur mit Hilfe des Zugriffs in die allgemeine Rücklage von 5 Mio Euro schaffen wir den Haushaltsausgleich.

Und das mit konstanten Hebesätzen und relativ stabilen Gebühren.
Selbst die avisierte Hebesatzanhebungen 2017 und 2021 können sich im interkommunalen Vergleich sehen lassen.

Natürlich müssen wir weiterhin Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen. Wir begrüßen ausdrücklich die vom Kämmerer angekündigten Arbeitsgruppen zum Aufspüren weiterer Konsolidierungspotentiale und gehen davon aus, dass selbstverständlich auch hierüber im HFA berichtet wird.

Wenn die FDP meint, wir lebten über unsere Verhältnisse, dann bitte hier und jetzt Butter bei die Fische und sagen sie, welche Projekte und Leistungen sie streichen wollen? Den Antrag der FDP lehnen wir ab, weil er Rat und Verwaltung der nötigen Beifreiheit beraubt und die Erarbeitung von Konsolidierungsvorschlägen sowieso zum Laufenden Geschäft der Verwaltung gehört.

Gegen den CDU Antrag „Konsolidierungspotentiale für die Gebührenhaushalte“ aufzuzeigen, ist nichts einzuwenden.

Zu Klarheit und Wahrheit gehört aber eben auch, dass am Ende der Rat entscheidet, welche Dienstleistungen, bei welchen Standards in die Gebührenberechnung einfließen und welche gestrichen oder eingeschränkt werden.

Der Rat entscheidet und verantwortet somit auch die Höhe von Gebühren. Wir sollten uns alle davor bewahren so zu tun als würden Gebühren nachhaltig sinken können, wie es in dem CDU Antrag mitschwingt.

Wir alle sind aufgefordert für den Haushaltsausgleich 2017 zu arbeiten. Hierzu brauchen wir starke Partner – sei es der Bund, der die Kommunen nun endlich nachhaltig entlasten will, weiterhin die solidarische Partnerschaft des Landes NRW und letztendlich auch mehr Kommunalfreundlichkeit des Oberbergischen Kreises. Der Kämmerer hat hier deutliche Worte der Kritik zur Kreisumlage gefunden.

Unser Ziel ist klar: Im Jahr des 800. Geburtstag unserer Stadt haben wir einen ausgeglichenem Haushalt und somit die Rückgewinnung von mehr kommunaler Selbstständigkeit und Souveränität erreicht

Was müssen wir tun und was sind die Voraussetzungen um Wipperfürth für die Zukunft fit zu halten?

Dies will ich an fünf Themenbereichen aufzeigen

1 Ehrenamt stärken

2 Verwaltung – Dienstleister

3 Kein Kind zurück lassen – Familien- u Seniorengerechte Stadt

4 Wohnen Leben Arbeiten in Wipperfürth

5 Wohlfühlen in Wipperfürth

1. Ehrenamt stärken

Schon immer habe ich in meinen Reden das ehrenamtliche Engagement als DAS Fundament für unser Zusammenleben heraus gestellt.

Das ehrenamtliche Wirken der Männer und Frauen ist der „Mörtel der unsere Gesellschaft verbindet und zusammen hält“. Kein Haushalt wäre jemals ausgeglichen gäb es die Ehrenamtlichen nicht. Das ist gesellschaftliche Wertschöpfung zum Nutzen aller.

Die CDU machts, die FDP, natürlich auch die SPD und auch der Oberbergische Kreis machts und alle zusammen machen sie es gut. Gibt's nicht ? Doch. Unglaublich aber wahr. Diese Gruppen und auch andere würdigen das Ehrenamt mit einem Preis.

Die SPD schlägt vor, dass auch die Stadt Wipperfürth in Zukunft einen Wipperfürther Ehrenamtspreis vergibt.

Ich werbe für die Zustimmung des Rates zu diesem Antrag. Ob Feuerwehr, Demographie Forum, Sport, Musikverein oder Bürgerstiftung überall wird grandioses geleistet. Über die Modalitäten sollten wir sprechen und werden uns gewiss schnell einig werden.

2. Verwaltung- Team als Dienstleister

Zwingend für den Erfolg ist aber auch eine motivierte und effizient und effektiv arbeitende Verwaltung, die sich als Team versteht.

Herr Bürgermeister von Rekowski und Herr Beigeordneter Trompetter , wir haben den Eindruck, dass wir auf einem guten Weg sind. Und nicht zuletzt hat hier die Verwaltungsspitze Vorbildfunktion. Alles hängt mit allem zusammen. Wir begrüßen ausdrücklich die enge Verzahnung von Bauen, Planen mit Liegenschafts- und Finanzthemen und erwarten hier auch mit de Wahl von Herrn Trompetter zum Beigeordneten weitere positive Impulse.

Der Dienstleistungsgedanke „Die Verwaltung ist für die Bürger da und nicht umgekehrt“, verfestigt sich zunehmend. Jeder an seinem Platz hat aber auch in diesem Sinn zu Handeln – egal ob Bauamt, Stadtkasse oder Standesamt.

Übrigens: Das gilt auch im Verhältnis von Rat und Verwaltung. Das Arbeitsklima ist schon sehr vertrauensvoll; Dennoch: Der Rat wird es in Zukunft nicht mehr hinnehmen, wenn klare Beschlüsse und Aufträge an die Verwaltung ausgesessen und auf die lange Bank geschoben werden. Dafür gibt's leider einige Beispiele, wie eben auch noch unerledigte Beschlüsse zum HH 2013. Wir setzen hier auf Besserung und Einsicht.

Wir anerkennen die Leistungsbereitschaft der Verwaltung – jeder an seiner Stelle und wir wissen, dass der Stellenplan nahezu ausgereizt ist und weitere Personalreduzierungen kaum machbar sind.

Umso mehr erweist sich der Ratsbeschluss, auf Antrag der SPD Fraktion, ein **Personalentwicklungskonzept** systematisch anzugehen, als wegweisend. Es war nie als Maßnahme zur Personaleinsparung verstanden, sondern vielmehr als taugliches Instrument zur Optimierung und Hilfe für Entscheidungen der Verwaltungsspitze und auch des Rates. Hier gilt weiterhin Sorgfalt vor Schnelligkeit. Und eben auch ist hier das Personal in diesem Prozess mitzunehmen. Wir sind gespannt auf weitere Ergebnisse im Bau – und Planungsamtsbereich.

Eine anderes Thema betrifft den Bereich „Kosten und Finanzcontrolling. Es bleibt eine ständige Aufgabe. Über die Arbeitsergebnisse des Controllings wollen wir gerne mehr erfahren.

3. Kein Kind zurück lassen – Familien / Seniorengerecht

Der dritte wichtige Themenkomplex steht unter der Überschrift „Kein Kind zurück lassen – Wipperfürth eine familien- und Seniorengerechte Stadt.“

Wollen wir als Stadt auch in Zukunft attraktiv als Heimat für die Menschen sein, so ist „Familien- und Seniorenfreundlichkeit als Markenkern“ unerlässlich.

Eine ausreichende Anzahl an bezahlbarem Wohnraum, Grundstücken und natürlich qualifizierten Arbeitsplätzen ist ebenso Grundlage wie ein qualifiziertes Angebot für die Bildung unserer Kinder.

Wir müssen attraktive Angebote für Familien mit Kindern von Geburt organisieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denen zu ermöglichen, die es wollen. Hierzu gehören Tagesmütternetzwerk ebenso wie institutionelle Einrichtungen von Trägern.

Wipperfürth ist Schulstadt. Und nach unserem Willen soll der Schulstandort Wipperfürth auch weiterhin zum Markenkern unserer Stadt gehören. Ja das kostet viel Geld. Für Gebäude, für Ausstattung und auch für Beförderungskosten; übrigens ständiges Thema im Schulausschuss seit Jahren – natürlich werden wir auch da wieder über die Vertragsgrundlagen sprechen und die Verwaltung mit der OVAG nach Optimierungsmöglichkeiten bitten. Nichts Neues. Wissen die Schulausschussmitglieder aller Fraktionen.

Im **Primarbereich** gilt der **Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“**. Am Ende entscheidet aber der Elternwille, ob alle Schulstandorte- Haupt- wie Teilstandorte von Grundschulen aufrecht erhalten werden können. Auf Antrag der SPD-Fraktion sind wir ja so verblieben, dass wir zeitnah über Entwicklungen informiert werden, im Arbeitskreis diskutieren und so auch der Austausch auch mit den Eltern organisiert werden kann.

In diesem Zusammenhang will ich der neuen Fachbereichsleiterin Frau Kamphuis gerne auch in Zukunft die konstruktive Zusammenarbeit der SPD-Fraktion, aber eben auch des Schul- und Sozialausschusses zusagen.

Eines ist aber auch sicher – zur Attraktivität eines Standortes gehört eben auch ein qualifiziertes OGS-Angebot. Ich bin froh, dass der Rat vor Jahren meinem Antrag gefolgt ist und den Pavillon an der Nikolausschule nicht vorschnell zum Archiv umfunktioniert hat, sondern heute, zukunftsorientiert, für Belange der Bildung zur Verfügung steht.

Im Sekundarbereich haben wir von der SPD-Fraktion von Anfang an den gebundenen Ganztagsbetrieb am **EvB** anzugehen, für eine geeignete Maßnahme zur Stärkung des Schulstandortes Wipperfürth unterstützt. Dem CDU-Antrag, eine Verpflichtungsermächtigung zu beschließen, stimmen wir zu; es ist eine Selbstverständlichkeit, dass das Geld in 2015 zur Verfügung stehen muss, wenn wir in 2014 Planungsmittel ausgeben.

Wir bitten aber auch um Zustimmung für unseren Antrag, die Verwaltung zu bitten, erneut in Hückeswagen das EvB als attraktiven Kooperationspartner in der regionalen Bildungslandschaft anzubieten.

Die regionale Bildungslandschaft wird sich weiter entwickeln. Wir haben uns bisher für das funktionierende dreigliederige Angebot in Wipperfürth ausgesprochen.

Wir müssen das Thema aber im Blick behalten und die Entwicklungen konkret beobachten und am Ende prüfen, ob auch für Wipperfürth ein Sekundarschulangebot mit einem starken gymnasialen Partner EvB ein zukunftsgerichtetes Angebot sein kann.

Für das **Schulzentrum Düsterohl** erwarten wir eine noch stärkere Zusammenarbeit von Realschule und Hauptschule und Musikschule. Diese einmalige Situation der räumlichen Nähe der Bildungseinrichtungen muss ein Angebot zum Wohl der Kinder auch in Zukunft zum Ergebnis haben. Die Chancen der Kooperation, der Vernetzung, der Durchlässigkeit und der pädagogischen Vielfältigkeit sind zu nutzen.

Die Zukunft der Förderschule haben wir im Blick. Der Kreis wird Anfang Februar seine Erkenntnisse mitteilen und Wipperfürth ist ja auch weiterhin aktiv im Arbeitskreis Oberberg Nord.

Vom Kompetenzzentrum Alice Salomon Schule wird großartige fachpädagogische Arbeit geleistet, die in nahezu alle Schulen und Schulformen hinein wirkt. Hierfür herzlichen Dank. Wir wissen, was Sie leisten. Mit dem Thema „Inklusion“ stehen wir eher am Anfang als am Ende. Wir alle sind gefordert, in kleinen und größeren Schritten, das Thema in die Köpfe zu bekommen.

In einer älter werden Gesellschaft muss aber auch die **seniorengerechte Stadt zum Markenkern** kommunaler Politik gehören. Altersgerechte Einrichtungen und Angebote, barrierefreier Straßenraum, altersgerechte Wohnungen und auch kulturelle Angebote gehören dazu. Das hat auch mit dem demographischen Wandel zu tun. Wir unterstützen den Antrag der Grünen in diesem Zusammenhang.

4. Wohnen, Leben, Arbeiten, Einkaufen

Der 4. Bereich betrifft den Themenbereich „Wohnen – Leben – Arbeiten – Einkaufen“ in Wipperfürth.

Mit dem gültigen Flächennutzungsplan und dem Baulandmanagementbeschluss haben wir als Stadt eine hervorragende Grundlage für die weitere Stadtentwicklung.

In der lokalen Wirtschaftspolitik sind wir derzeit insbesondere mit unserer WEG gut aufgestellt.

Mit den Geschäftsführern Trompetter und von Rekowski und der Wirtschaftsförderungskraft Mery Causemann wurde die **WEG** wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wurde. Wir beschränken uns aufs Kerngeschäft, können sogar Dienstleistungen der Lokalen Wirtschaftspolitik erbringen und sind im ständigen Dialog mit den Firmen, ob groß oder klein.

Zusätzlich werden wir ab 2014 den **Wirtschaftsfaktor Tourismus** besser bündeln, vernetzen und professionalisieren. Zügig ist mit den Akteuren ein Konzept zu entwickeln, wozu ich auch eindringlich an den ESW appelliere, sich hier nicht zu verschießen. Unser Antrag zur Attraktivierung Markt oder Bauernmarkt hat auch mit dem Thema zu tun.

Das **Potential des Naherholungs- und Kurzzeittourismus als Wirtschaftsfaktor** ist zu forcieren.

Wir haben einiges zu bieten in Wipperfürth.

Die Radtrasse, die Basisstation, die phantastische Eisenbahnbrücke, der Park Ohler Wiesen überhaupt, unsere schöne Innenstadt, die Talsperren und herrlichen Dörfer, die Wanderwege durch die Natur und vieles mehr

Die Pflege und Betreuung und somit Standortsicherung für bereits vorhandene Betriebe hat höchste Priorität. Aber natürlich müssen wir auch sehen, dass wir Flächen verfügbar machen.

Zum einen ist hier die Vernetzung mit und in der Oberbergischen Gewerbeflächenkonferenz Ziel führend und zum anderen müssen wir sehen, dass wir Flächen oder Tauschflächen hinzu gewinnen.

Unser Antrag zielt darauf ab, mehr in Sachen Flächenvorratspolitik zu tun. Wir bitten hier um Unterstützung.

Wir sind froh, dass es gelungen ist, für das **Integrierte Handlungskonzept** den Förderbescheid zu erreichen. Das war nicht selbstverständlich. Hierauf können wir stolz sein, denn über 20 Mio. Euro werden direkt und indirekt in unserer Stadt in den nächsten Jahren investiert. Das schafft Arbeitsplätze, das hilft Arbeitsplätze sichern, die Maßnahmen heben die Lebens-, Wohn- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.

Wir sind fest überzeugt, dass das InHK den Einkaufsstandort Mittelzentrum Wipperfürth stärkt. Lassen Sie uns gemeinsam diese Chance mit der Bevölkerung und dem Handel nutzen.

Das InHK ist aber mehr als das Thema Parkplatz, Parkbucht und Parkpalette. Ich verweise auch auf das ja sogar von der CDU gelobte umfassende Papier der SPD von 2006. Da schlagen wir schon eine offene Parkpalette an der Dr.-Eugen-Kersting-Straße vor. wenn sich ein privater Investor findet, warum dann nicht auch schnell handeln? Dem CDU-Antrag stimmen wir daher zu.

In diesem Zusammenhang sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass es selbstverständlich ist, dass wir die Unterstützung der dörflichen Strukturen nicht vergessen wollen und werden. Der gültige FNP mit seinen Fachbeiträgen ist hier die Richtschnur.

Toll, was in vielen Dörfern auf die Beine gestellt wird. Thier ist da vorbildlich, was jetzt mit dem Dorfladen noch zusätzlich geschafft wird.

Diese Potentiale müssen wir bündeln und noch stärker hervor heben.

Ob LED-Straßenbeleuchtung, die schrittweise Abkehr von der Halbnachtschaltung, alles um die Regionale 2010, der gemeinsame Bauhof mit Hückeswagen, ein sehr gutes Beispiel dafür, dass Kostenrahmen auch eingehalten werden können, der Baubeginn der Verlängerung der Nordtangente, die weitere Qualifizierung des Bahnhofsgeländes, weitere interkommunale Projekte oder das Klimaschutzkonzept, um nur einige Beispiele zu nennen, machen deutlich, dass Wipperfürth seit 2009 voran gekommen ist.

Wipperfürth hat Perspektiven für Leben, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen in unserer Stadt.

5. Wohlfühlen in Wipperfürth

Als fünftes Element will ich noch den Wohlfühleffekt in unserer Stadt ansprechen. Hier schließt sich der Kreis wieder.

Wesentlicher Faktor zum Wohlfühlen in unserer Stadt ist das Angebot an Sport, Musik, Kultur, Sozialem, das von den Ehrenamtlichen ermöglicht wird.

Die Stadt hat dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen hierfür stimmen. Hierzu zählen zum Beispiel auch das Angebot des WLS-Bades und der Sportstätten. Über die Voss Arena wird ja später noch gesprochen – das ist kein Ruhmesblatt in Punkto Zuverlässigkeit von Kostenschätzungen. Die SPD sollte recht behalten mit ihrer Skepsis gegenüber den vorgelegten Zahlen. Ein Neubau wäre die bessere Alternative gewesen.

Der Rat stellt Geld zur Verfügung zum Beispiel für die Musikschule, für die Bücherei, für die Sportstätten, aber eben auch für die Bürgerstiftung.

Die SPD Fraktion begrüßt die deutlich verbesserte Kommunikation.

Die Bürgerstiftung und die **Alte Drahtzieherei** sind ein Pluspunkt und eine Bereicherung für unsere Stadt ist. Wir bekennen uns zu dieser Einrichtung.

Wir anerkennen, dass sich einiges getan hat und die Einrichtungen dabei sind, sich zu konsolidieren.

Wir sagen, was wir tun und tun, was wir sagen. Der Rat hat am 31. Januar 2013 nahezu einstimmig beschlossen, dass wir eine Zuschussreduzierung anstreben – so wie wir das bei Bücherei und Musikschule auch gemacht hatten – bei diesem Beschluss solls bleiben. Selbstverständlich bleibt der Rat Gesprächsbereit.

Wir alle tragen aber eben auch Verantwortung gegenüber allen anderen ehrenamtlichen Einrichtungen und Initiativen.

Schluss: Ich will zum Schluss kommen.

Der Haushalt 2014 weist mit einer Vielzahl an begonnenen Projekten und dem Start neuer Ideen und Vorhaben in die richtige Richtung und gibt eine Perspektive für die kommenden Jahre, um den Standort Wipperfürth als Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Wohlfühlstadt zu stärken.

Das gemeinsam Erreichte - von Rat und mit der Verwaltung mit Bürgermeister von Rekowski und Beigeordneter Trompetter - kann sich sehen lassen.

Es wäre von Nachteil für unsere Stadt, würden leichtfertig gemeinsame erarbeitete Projekte auf dem Gabentisch des Kommunalwahlkampfes geopfert.

Wir in Wipperfürth waren dann stark, wenn wir als „Wipperfürth Fraktion“ an einem Strang in dieselbe Richtung gezogen haben.

Natürlich muss und soll es dabei auch den demokratischen Wettstreit um die besten Ideen geben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hierzu gerne bereit und freuen uns auf die Debatten. Der Wettbewerb um die besten und kreativsten Ideen dient dem Wohl der gesamten Stadt.

"Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll." Willy Brandt 1992

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass der Haushalt gute Antworten anbietet. In diesem Sinne empfehle ich nochmals die Zustimmung zu den Anträgen der SPD-Fraktion, (auf Nachfrage will ich die gerne weiter erläutern) und werbe für eine breite Zustimmung zum eingebrachten Haushalt 2014 von Bürgermeister von Rekowski und Beigeordneten Frank Trompetter.

Die SPD-Fraktion wird dem zustimmen. Ich bedanke mich abschließend bei der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für die konstruktive Begleitung der Haushaltsberatungen. Und bei Ihnen Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der UWG-Fraktion
Harald Koppelberg**

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu dieser Ratssitzung und im Besonderen zur Beratung und Beschlussfassung des Haushalts 2014

Sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrter Herr Bürgermeister

Ist der Haushaltsentwurf 2014 eine Erfolgsstory?

Nun meine Damen und Herren, wir von der UWG Wipperfürth behaupten, dass diese Bezeichnung für das vorliegende Werk zu hoch gegriffen ist.

Allein die Tatsache, dass unsere Bemühungen zur Konsolidierung immer wieder durch kostentreibende Aufgaben und Rahmenbedingungen von der Landesregierung (SPD) und vom Bund (CDU und SPD) untergraben werden, schränken unseren Handlungsspielraum ein.

Das Gemeinde-Finanzierungsgesetz ist ein Modell, das den heutigen Ansprüchen zur Finanzierung einer Gemeinde nicht mehr genügt und uns zusätzlich immer mehr Defizite beschert.

Dies sind Versprechungen auf hoher politischer Ebene, die uns aber an der Basis nur Geld kosten.

Nur die Tatsache, dass wir eine gute Bilanz in der Gewerbesteuer haben, retten uns vor dem Ruin und lassen uns handlungsfähig bleiben.

Diese Handlungsfähigkeit brauchen wir, um Pflichtaufgaben, Investitionsmaßnahmen und Stadtentwicklung zu gestalten.

So komme ich zum ersten wichtigen Thema: die Stadtentwicklung

Wir, die UWG Wipperfürth, stehen zu den Maßnahmen im INHK.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Stadtentwicklung nur in einem ganzheitlichen Konzept gesehen, gefördert und geleistet werden kann. Dass dies nicht zum Nulltarif verwirklicht werden kann, sollte jedem bewusst sein.

Wenn wir diesen Maßnahmenplan aber nicht hätten, würden wir uns auch nicht weiterentwickeln.

Stillstand ist Rückschritt und wenn das einträte, würden sich die Bürger der Stadt zu Recht fragen, wofür haben wir überhaupt einen Stadtrat?

Aber bevor ich es vergesse, jede Einzelmaßnahme hat auch ihre Kehrseite. So sind Beeinträchtigungen während der Bauarbeiten unvermeidlich. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung bzw. Duldung der Umstände im Sinne der neuen Gestaltung.

Gemeinsam können wir es schaffen!

Zur Weiterentwicklung der Hansestadt Wipperfürth sind aber auch noch andere Punkte wichtig:

Das Straßen- und Wegenetz in unserer Stadt!

Jeder von uns erlebt Missstände auf Straßen, Wirtschafts- und Gehwegen. Hier schieben wir ein riesiges Instandsetzungsvolumen vor uns her, doch der Stadt fehlt das nötige Geld, um diese Sanierungen in Angriff zu nehmen.

Bund und Land wissen um diesen Zustand. Daher ist es wichtig, dass wir alle Möglichkeiten zur Förderung dieser Instandhaltungsarbeiten nutzen, die die Regierung zur Verfügung stellt, damit die Menschen in Wipperfürth und Umgebung auch künftig sicher unterwegs sein können.

Hierzu dient auch unser jüngst eingereichter Antrag!!

Zur Weiterentwicklung gehört auch der technische Ausbau der Internetanschlüsse!

Es wundert uns, dass zu dieser Produktgruppe keine Informationen im Haushaltsplan zu finden sind.

Wir, die UWG Wipperfürth, sehen es als eine Aufgabe der Stadt an, den DSL-Anschluss für Industrie, Landwirtschaft und Privathaushalte, ständig zu verbessern.

Stillstand wäre auch hier ein „No-Go“ für den Standort Wipperfürth.

Wirtschaft ist das nächste Stichwort!

Wirtschaftsförderung trägt wesentlich dazu bei, die notwendigen Einnahmen von Gewerbesteuern zu gewährleisten.

Die UWG begrüßt den Einstieg der Verwaltung in ein aktives Flächenmanagement, um Flächen für künftige Industriestandorte im Tauschgeschäft zu erwerben.

Wichtig ist es, dass der Ausbau von Gewerbeflächen vorangetrieben wird. Ein schwieriger und langwieriger Prozess der auch mit der Landwirtschaft entwickelt werden muss, und dennoch eine sehr wichtige und notwendige Aufgabe für und von uns allen.

Von der Wirtschaft schlage ich einen Bogen zur **Wirtschaftlichkeit und zum Klimaschutz!**

Zwei Begriffe, die immer wieder beim Thema Straßenbeleuchtung und LED genutzt werden.

Zur Wirtschaftlichkeit in dieser Sache kann man unterschiedliche Ergebnisse erarbeiten. Wirtschaftlichkeit setzt sich nicht nur aus Investitionen und Energiekosteneinsparung zusammen, denn

Risikobewertung, Betriebsaufwand, AFA etc. gehören ebenso dazu.

Die Verwaltung hat dieses Projekt von über 1 Mio. € in 2012 gestartet.

Der Anlass, alte Leuchten mit Quecksilberdampflampen durch LED zu ersetzen und somit Energiekosten zu senken und auch etwas für die Co2-Bilanz zu bewirken, war und ist gut.

Wir, die UWG Wipperfürth, stehen auch weiterhin zur Modernisierung der Straßenbeleuchtung, wenn sie in einem vertretbaren Rahmen bleibt.

Gut ist der Grundgedanke zu diesem Projekt, schlecht dagegen ist das Projektmanagement. Ein Paket von Aufgaben ohne Struktur und Finanzbewertung ist ein Zeichen von ungenügender Organisation. Bestätigt wird unser Eindruck durch die Auflage der Aufsichtsbehörde zur HS-Genehmigung.

Dieser Umstand beeinträchtigt eine zeitnahe Umsetzung und der Bürger wartet vergeblich auf eine Verbesserung der Beleuchtung.

Wir begrüßen den jüngsten Vorschlag, eine Minimalbeleuchtung in Ganznachtschaltung zu ermöglichen. Eine Zwischenlösung ganz im Sinne unserer Bürger.

Wir freuen uns daher auf ein Mehr an Licht, in der Dunkelheit.

Eine Haushaltsrede, ohne das Thema **Bildungs- und Schulpolitik** anzusprechen wäre ein Fehler, darum möchte ich an dieser Stelle auf die **Investitionen und Schülerbeförderungskosten** zu sprechen kommen.

Anhand der Investitionsübersicht können Sie erkennen, dass auch in diesem Jahr in die Anschaffung von Whiteboards investiert wird, um den Schulbetrieb zu modernisieren und zu verbessern. Denn jeder €, den wir in die Bildung unserer Kinder investieren, zahlt sich aus.

Erschreckend sind allerdings die Schülerbeförderungskosten, die trotz sinkender Schülerzahlen steigen.

Hier ist eine Analyse notwendig, um Maßnahmen zur Eindämmung der steigenden Kosten zu erarbeiten.

Neben Bildungs- und Schulpolitik richten wir unser Augenmerk auch auf den Bereich **Sport**.

Die Summen, die im Haushaltsplan 2014 für die Sportstätten und die Sportförderung vorgesehen werden, sind beachtlich.

Die UWG steht hinter der Entscheidung zur Sanierung der MZH und der Bereitschaft, den Bereich Sport auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Ein weiteres Projekt, das angestoßen werden soll, ist das „Stadion Mühlenberg“. Hier ist es notwendig, dass die Politik vor der Umsetzung über die Notwendigkeit, den Maßnahmenkatalog und das Finanzierungskonzept des Projektes informiert wird.

So gibt es noch einige Themen, wie Sauberkeit, Tourismus, Klimaschutz, öffentliche Ordnung und andere, die es wert wären, dass wir sie hier ansprechen würden.

Aber lassen Sie mich hier meinen Wortbeitrag beschließen.

Ich bedanke mich bei Ihnen, im Namen der UWG Wipperfürth, für Ihre Aufmerksamkeit.

Ebenso möchten wir uns bei allen Bürgern dieser Stadt bedanken, die sich durch ihr ehrenamtliches Engagement in unsere Gesellschaft einbringen.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich bei Herrn Wilms für seine Begleitung während unserer Haushaltsberatung.

**Ihnen allen wünschen wir ein gutes, erfolgreiches und gesundes Jahr 2014!
Herzlichen Dank!**

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Andreas Schmitz**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürger, Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung, lieber Michael,

wir haben Haushaltsberatungen und deshalb sollten jetzt die Eckpunkte für eine erfolgreiche Zukunft für Wipperfürth und seine Dörfer erörtert werden. Dies kommt mir insgesamt zu kurz.

Ich gehe heute kurz auf die Rahmenbedingungen für unser Handeln hier vor Ort ein, um dann die aus meiner Sicht Schlüsselthemen für uns zu beschreiben. Ich erlaube mir jeweils eine Überschrift zu benennen und immer auch eine Schlussfolgerung, wie es schlechterdings noch läuft und wie es besser laufen könnte.

Rahmenbedingungen – Kommunen im Stich gelassen.

Wichtige Rahmenbedingungen werden vor allem makroökonomisch abgeleitet, wobei ich mich hier stark beschränken muss. Der Hauptgrund für die wirtschaftliche Situation in Deutschland sind niedrige Zinsen, innovative Unternehmen und mutige Politik unter Rot-Grün bis 2005. Aktuell meine ich eine gewisse Zukunftsvergessenheit festzustellen, denn im Blick sind weniger die Bedürfnisse der jungen Generation. Denn die brauchen zukunfts-feste Sozialsystem und beispielsweise eine richtig organisierte Energiewende. Doch auch hier muss von Regierungsversagen und ordnungspolitischer Ignoranz gesprochen werden. Die Seriösität von Mütterrente oder Rente mit 63, so sie denn im Ziel möglicherweise richtig sind, bezweifle ich massiv. Überschüsse in der Rente werden dafür wie selbstverständlich zweckentfremdet und die langfristige Finanzierung wird den ohnehin stark belasteten jüngeren Generationen aufgebürdet, ohne dass sie eine Aussicht hätten, diese tatsächlich selber erhalten zu können. Der Steueranteil ist zudem nicht finanziert. Herr Oppermann von der SPD sagt auch frei raus, dass man das dann 2017 oder 18 entscheiden würde. Was ist das? Und was hat das mit Wipperfürth zu tun? Ganz einfach: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Kommunen dann auskömmlich finanziert werden, sinkt natürlich weiter. Das Geschwätz von einem ausgeglichenen Bundeshaushalt ist ein Skandal, wenn man die hoffnungslose Schieflage von ca. 60% der Kommunen in Deutschland sieht. Dies ist verfassungswidrig, nur keiner bekommt es mit. Frau Merkel steht wie Persil am Himmel und keine der großen Zukunftsfragen wird angegangen. Die kollektive Verdrängung von Klimaherausforderung, Armutsschere, Unterfinanzierung von öffentlichen Leistungen hier vor Ort und vieles mehr macht mich besorgt.

Wipperfürther Haushalt – Unwürdiges Spektakel einmal im Jahr!??

So möchte ich es charakterisieren, denn, liebe Kollegen im Rat, was ist es sonst. Ich bin seit 10 Jahren im Rat und strukturell hat sich in Sachen Haushalt wenig verändert. Die neuen Aufgaben werden weiterhin fleißig definiert, bei Illner, Jauch und Co. dürfen sich die Prominenten mit ihren Taten brüsten und wir hier vor Ort tanzen unseren alljährlichen Tanz. Wir haben keine Chance von den Schulden weg zukommen. Trotz sensationeller Steuer-

einnahmen hier in Wipperfürth. Wie erklären sie das Ihren Wählern? – Außerdem wo ist die Verantwortung der Parteien? Wenn ich den Antrag der FDP lese, kommen mir die Tränen. Die Verwaltung soll also mal eben mehrere Millionen Euro strukturelles Defizit ausgleichen. Und die FDP schaut zu, oder wie? Das, lieber Josef, geht so nicht. Du hast sowohl kommunale Selbstverwaltung als auch die Verantwortung deiner Partei vollkommen aus den Augen verloren. Welche Vorschläge zur Kürzung habt ihr denn?

Ich ärgere mich aber auch, wenn der Bund uns Kommunen den Schulsozialarbeiter quasi empfiehlt und sich dann nach einer kurzen Zeit aus der Finanzierung herauszieht. Natürlich werden wir in Wipperfürth Sozialarbeit an Schulen, nie war sie notwendiger als heute, mit städtischen Mitteln finanzieren. Aber vor dem Hintergrund des Konnexitätsprinzips, also wer bestellt bezahlt auch, ist auch das ein Schlag ins Gesicht jedes Kommunalpolitikers hier in Wipperfürth. Hinzu kommen ständig neue gesetzliche Vorgaben von Bund und Land, ohne die langfristige auskömmliche Finanzierung. Wie lange wollen wir uns das noch bieten lassen? In Oberbergs Kommunen haben wir über Jahrzehnte mehrheitlich CDU-Mehrheiten und Bürgermeister gehabt. Mit wenigen Ausnahmen sind die oberbergischen Kommunen in einer schwierigen Lage. Also kann es an der CDU auch nicht liegen. Im Bund wird gespart auf Kosten Wipperfürths und seiner Dörfer. Den Kreis Oberberg ist auch keine Hilfe für uns. Der Anteil der Kreisumlage an dem Gesamtaufwand der Stadt Wipperfürth ist mittlerweile bei 26% angekommen. Dort wächst der Wasserkopf im Kreishauses und was machen wir?

Zusammenfassend: Schlecht ist hier: Den Menschen über die tatsächliche Situation etwas vorzumachen, wie Merkel. Besser ist hier: Endlich dafür sorgen, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Länder und Kommunen auf die Füße gestellt werden.

LED-Beleuchtung – Beispiel für zielorientiertes Vorgehen

Hier wird die Stadt jetzt länger auch nachts die Lampen leuchten lassen, was man auch als einen Schulterchluss mit den BürgerInnen bezeichnen kann. Denn das langfristige Ziel, komplett auf LED umzurüsten, um dann ökologisch und ökonomisch vernünftig rund um die Uhr Sicherheit zu bieten, wird im Auge behalten. Der Bürgermeister steht hier für und das ist gut so. Die Bürger wünschen sich sofort LED und Investitionen. Verhindern tut dies der Kreis, der die Amortisation nicht erkennt.

Zusammenfassend: Schlecht ist hier: Die Bürger sollen doch nach der CDU Anträge auf neue Leuchten stellen und manche kommen dann zu ihrem Recht. Besser ist hier: Ein langfristiger Entwicklungspfad wird konsequent gegangen und das Ganze wird vernünftig finanziert.

Kommunaler Klimaschutz – Verantwortung für Kinder/Enkel übernehmen

Das intensiv erarbeitete Klimaschutzkonzept für Wipperfürth ist erstellt und jetzt geht es an die Umsetzung. Voraussichtlich im Herbst wird der Manager dafür eingestellt und das ist aus meiner Sicht eine gute Investition, auch wenn der Zeitgeist gerade eher in Richtung Verdrängung der Tatsachen geht. Wir in Wipperfürth übernehmen Verantwortung und schauen nicht auf den Nachbarn. Das ist Konservatismus im guten Sinne. Selbstbewusst und Freiheit und Verantwortung verbindend. Es geht dabei um einen Schulterchluss zwischen der Stadt, der Politik, den Bürgern und den Unternehmen, denn auch hier gibt es Wirtschaftlichkeitsreserven zu heben. Ich hoffe, dass die Rolle Rückwärts im Bund in Sachen Klimaschutz und Energiewende keine Auswirkungen auf unser gemeinsames Handeln hier vor Ort hat. Hier bietet übrigens auch das Integrierten Handlungskonzept Chancen, denn hier könnten sinnvolle Investitionen, die häufig ohnehin anstehen, auch im Bereich energetische Sanierung stattfinden.

Zusammenfassend: Schlecht wäre eine Angstmacherei und eine gezielte Propaganda gegen die Notwendigkeit von Klimaschutz und Energiewende. Besser ist ein Konzept, welches die Chancen betont und eine Aufbruchstimmung erzeugt.

Kinderbetreuung in Wipperfürth – Von der Quantität zur Qualität.

Liebe Bürgerinnen und Bürger wie haben in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel in Sachen Kinderbetreuung erlebt. Endlich hat auch die CDU ihre ideologischen und die Realität der Mütter und Väter ignorierenden Einstellung begraben. Aber hätten Sie auch mich persönlich vor 10 Jahre nach der Notwendigkeit von Betreuung von Kleinstkindern gefragt, hätte ich auf die Eltern verwiesen, die sicher fast immer die besseren „Betreuer“ sind. Wir leben aber in einer anderen Zeit. Der Druck ist in Wirtschaft und Gesellschaft gewachsen, beruflich aktiv zu bleiben. Übrigens: Die meisten Familien benötigen tatsächlich das Einkommen auch der Frau. Wer das ändern will, der sorgt für eine sozialere, auf Solidarität aufbauende Politik im Bund. Die ist aber nicht in Aussicht. Wir haben bislang bei der Umsetzung auch des Rechtsanspruches vor allem auf die ausreichende Bereitstellung von Plätzen geachtet. Jetzt, nachdem scheinbar quantitativ eine Deckung der Bedarfe möglich ist, sollten wir mehr noch den Blick auf die Qualität von Betreuung, und da reden wir ja immer mehr auch von Bildung, legen. Ich gehe von sehr engagierten Erzieherinnen und Erziehern in den Einrichtungen und in der Tagespflege aus. Leider gibt es aber viele offene Fragen und Probleme, auch bei Trägern hinsichtlich Finanzierung und Personalentwicklung. Wer will denn noch Erzieher werden, wenn man da einen Hungerlohn erhält. Es geht aber vor allem auch um Koordinierung und Kooperation zum Wohle des Kindes, und dies muss im Vordergrund stehen, beispielsweise zwischen Kindertagesstätten und Tagesmüttern auch hinsichtlich der pädagogischen Konzepte. Es geht aber auch darum, ob der Rechtsanspruch tatsächlich im Sinne des Gesetzes erfüllt wird. Hier gibt es Zweifel. Hierzu setzen sich die Grünen für einen Runden Tisch ein, der die Kinderbetreuung als weichen Standortfaktor in den Blick nimmt.

Zusammenfassend: Schlecht wäre es, wenn wir rein technokratisch Plätze vergeben. Besser wäre es, wenn wir Qualität mit Akteuren, Eltern und Unternehmen reflektieren und weiterentwickeln.

Wirtschafts- und Standortpolitik – Gewerbeflächen, sonst nichts !?

Ich sprach gerade von Kinderbetreuung. Einer der wichtigsten Standortfaktoren, denn motiviert arbeiten können Mitarbeiter nur, wenn sie sicher sein können, dass ihr Kind gut betreut ist. Da herrscht wahrscheinlich Einigkeit. Was mich stört ist das ständige einseitige Betonen der Notwendigkeit von Gewerbeflächen. In dem angemessenen Maße, wie geplant, ist die Entwicklung von Klingsiepen ohne Zweifel notwendig. Insgesamt springen wir aber häufig zu kurz. Kein Unternehmen aus Bayern oder sonst wo her wird nach Wipperfürth umsiedeln, mit den Handicaps, die wir nun mal haben. Deshalb geht es um zweierlei: Bestandspflege für die Unternehmen am Ort und Angebote für Neugründer, kleine Innovatoren, die die Grundlage für Entwicklung sind.

Bei Gesprächen mit Unternehmern hört man aber zunehmend ganz andere Wünsche und Erfordernisse: Zum einen ist eine gut funktionierende Verwaltung zentral. Die betrieblichen Erfordernisse bedürfen eines Managements in Ämtern und der Verwaltungsspitze und keine Vereinsstrukturen, nach dem Motto, derjenige, der einen in der Verwaltung kennt kommt schneller dran. Das ist alte Denke vor 2009. Die Unternehmen betonen aber vor allem auch die sog. „weichen Standortfaktoren“. Gute Mitarbeiter, die belastbar, konfliktfähig, bereit zur Weiterbildung sind, finden sich in vitalen Ortschaften und Stadtteilen. Da wo öffentliche Grundversorgung gegeben ist, da zieht es erfolgreiche Unternehmen hin bzw. bindet sie an den Standort. Voss oder Jockey sind gute Beispiele. Sie wissen was sie an ihren Mitarbeitern haben. Um neue Mitarbeiter auch von außerhalb hier nach Wipperfürth zu bekommen,

bedarf es auch z.B. eines attraktiven Kulturangebotes. Die Drahtzieherei ist ein echter Standortfaktor, der unbedingt erhalten und unterstützt werden muss. Dass in Wipperfürth Innovationen möglich sind, zeigen der Dorfladen in Thier oder das Integrierte Handlungskonzept. Übrigens: Für Dorfentwicklung brauchen wir keine 20 Mio. Euro Steuermittel, dafür können, wie von uns Grünen beantragt, schon kleine Beträge eine große Hilfe und Unterstützung sein. Bitte tragen Sie diese Investition mit.

Zusammenfassend: Schlecht läuft Standortpolitik, wenn man es auf einen Faktor reduziert. Besser ist ein umfassenderer Blick, auch auf vermeintlich weiche Faktoren.

Integriertes Handlungskonzept Innenstadt – Parken oder integrierte Entwicklung?

Meine lieben Kollegen und liebe Mitbürger, ich warne davor jetzt, wo es an die Umsetzung der vielen Maßnahmen gehen wird, wieder in alte Handlungsmuster zurück zu fallen. Ein Grund dafür, dass wir vor Jahren an diesem Thema gescheitert waren, lag an der Unfähigkeit die Dinge im Zusammenhang zu sehen. Damals wurde nahezu ausschließlich über Parken gesprochen. Also ob wirklich eine Mehrheit der potentiellen Kunden nur wegen angeblich fehlender Parkplätze nicht nach Wipperfürth kommen würde. Das ist nicht so und manchmal habe ich den Eindruck, dass sich viele Händler etwas vor machen, wenn sie immer wieder auf diesen Punkt kommen. Lieber Friedhelm, jetzt dem Handel zu signalisieren, dass die Parkpalette quasi Voraussetzung für alle anderen Maßnahmen sei, ist fatal. Richtig wäre, und das haben wir eigentlich auch bei der letzten Sitzung des Arbeitskreises in den Blick für die nächste Sitzung genommen, ein Wiederaufleben des Gedankens des integrierten Vorgehens. Jetzt ist der Zeitpunkt einen Umsetzungsplan, auch unter Berücksichtigung der Immobilieneigentümer und vor allem des Handlungsbedarfes für den Handelsstandort, zu erarbeiten. Das hat der Moderator Dr. Reimar Molitor auch ganz klar angekündigt und festgestellt. Es ist deshalb tatsächlich nicht ausgeschlossen, dass die Parkpalette frühzeitiger als gedacht in den Blick kommt. – Anmerkung: Ihr beantragt etwas, was euch die Verwaltung und der Bürgermeister bereits zugesagt hat. Aber eben im Kontext des Gesamtprojektes. Ein solcher isolierter Antrag von euch schadet dem Gesamtprozess und kann damit zur Verschwendung von vielen Millionen Euro Steuergeldern führen. Stattdessen brauchen wir jetzt einen Handlungsplan für den Einzelhandel in der Innenstadt. Ich will vom Handel nicht mehr hören, was nicht geht, sondern hören, was geht. Es handelt sich um Unternehmer, die die Chancen erkennen müssen oder eben die strategische Entscheidung treffen müssen, dass es für sie keine Zukunft in der Innenstadt gibt. Wir Grünen wollen kooperativ mit dem Handel, unter Zuhilfenahme von Expertenwissen, die Chancen und Risiken erkunden. Das muss jetzt im Arbeitskreis ein Schwerpunkt werden, nicht die Parkpalette isoliert betrachtet. Die Investitionen der Eigentümer der schönen Immobilien in der Innenstadt sind von Zielen und Vorstellungen der Händler abhängig. Ladenzuschnitte, Sortimentsentscheidungen und ein echtes City-Management tun jetzt Not.

Zusammenfassend: Schlecht wäre es, wenn jetzt die alte Leier von den angeblich fehlenden Parkplätzen erzählt wird. Besser wäre die Beibehaltung des integrierten, gemeinsamen Vorgehens. Alle haben eine Verantwortung für 20 Mio. Euro. Auch der Handel.

Umgang mit dem demografischen Wandel – Thier hat Zukunft, Ohl auch!?

Mit Begeisterung schauen viele Wipperfürther auf das engagierte Dorf Thier. Nochmal großer Glückwunsch und danke für dieses Vorbild. Eigentlich könnten hier alle Kommunalpolitiker erkennen, was jetzt ansteht. Über Jahrzehnte wurde den Bürgern vermittelt. Die Stadt tut das für dich. Und dieser Blick ist falsch. Nach dem Motto, komm wir bauen euch einen Kunstrasenplatz und alles wird gut, kann es nicht funktionieren. Meine Fraktion hat die Kunstrasenplätze übrigens mit beschlossen, weil sie in den Gesamtkontext Dorfentwicklung ja hinein gehören. Aber den Menschen den Eindruck zu vermitteln: Das war es dann. Alles wird gut. Ist unverantwortlich. Wir brauchen den Schulterschluss von Verwaltung, Politik,

Bürgern und Gewerbetreibenden. Die Bürgerkommune ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Meistern dieser riesigen Herausforderung des demografischen Wandels für unser Gemeinwesen. Der Beschluss des Rates, Dorfschulen erhalten zu wollen, reicht nicht. Wir müssen auch sagen, wie wir das erreichen wollen. Zunächst braucht es die Erkenntnis, dass ein Rückbau auch wirtschaftlich betrachtet alles andere als sinnvoll wäre. Der Kämmerer Frank Trompeter hat mir gegenüber ganz klar bekräftigt, dass auch der „Mann des Geldes“ den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur als Voraussetzung für eine Gesundung der Finanzen ansieht. Die Menschen, vor allem auf den Dörfern, sind bereit sich qualifiziert einzubringen. Die Kompetenzen sind durchaus vorhanden. Die vorläufige Entscheidung für die Wipperschule ist schön, aber jetzt dürfen wir die Leute dort nicht alleine lassen. Einzelprojekte, die dort möglicherweise jetzt kommen könnten, müssen auch punktuell finanziell begleitet werden. Noch besser, so grüne Position, ist ein strukturierter, verstetigter Dorfentwicklungsprozess, der z.B. auch ein Bestandsmanagement der vorhandenen Immobilien vorsieht. Wie schaffen wir es, dass die demnächst leer werdenden Altbauten von jungen Familien bezogen werden? In geringem Maße, siehe Thier, benötigen wir aber auch eine konsequentere Entwicklung der noch vorhandenen Baulücken in den Ortskernen, um auch Neubau zu ermöglichen. Aber auch nur da. Vergessen wir zudem nicht die kleinen Weiler um die Dörfer herum. Die oft ehemaligen Gehöfte brauchen eine baurechtliche Begleitung, damit sie anständig bewohnt werden können. Diese Vitalität der Weiler ist für die Dörfer von größter Bedeutung. Letztlich geht es aber auch um Stadtteile im städtischen Kern. Die Leie macht mir Sorgen, denn dort kann man beobachten wie Vermieter offensichtlich keinerlei Wert auf Zukunft legen. Anders kann ich mir den mindestens optischen Verfall nicht erklären. Hoffungslichter wie Thier oder Kreuzberg, die sich noch mehr Unterstützung wünschen, können Mutmacher für Ohl, Agathaberg oder demnächst auch Wipperfeld sein. Lassen wir uns strukturiert herangehen.

Zusammenfassend: Schlecht wäre die Betonung von wenigen Einzelprojekten. Besser wäre ein Prozess, auf den sich die Menschen vor Ort verlassen können und deshalb auch planen können. Wenn 20 Mio. Euro für die Innenstadt da sind, dann müssen auch 20.000 Euro für Ortsteil- bzw. Dorfentwicklung vorhanden sein.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen und auch Dank sagen. Wipperfürth und seine Dörfer benötigen die Bürgerkommune mit einem professionellen Management in der Verwaltung. Verstetigte und verlässliche Vorgehensweise statt Flickschusterei oder Wahlgeschenke. Der Standort Wipperfürth ist ein attraktiver, wenn man ihn ständig weiterentwickelt. Und damit meine ich übrigens vor allem Kreativität statt Verschuldung. Eine auskömmliche Finanzierung ist Voraussetzungen und keine Bettelpolitik gegenüber Bund, Land und Kreis.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern der Verwaltung, bei Bürgermeister und Kämmerer, vor allem auch bei Lothar Wollnik, für sein großes Engagement für die Stadt, aber auch bei den ehrenamtlich engagierten Kommunalpolitikern in Wipperfürth. Wir haben in den letzten Jahren zum Wohl der Stadt und seiner Dörfer gearbeitet. Die Ergebnisse können sich sehen lassen und die Zukunftsprojekte sind spannend und herausfordernd zugleich. Ich wünsche uns den Mut, alte Verhaltensmuster und Ressentiments gegenüber Schwächeren zu überwinden und den Leistungsstarken bei Seite zu stehen. Vielen Dank!

**Haushaltsrede
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion
Josef W. Schnepfer**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,

ich möchte mich im Namen der FDP-Fraktion zunächst bei allen RatskollegInnen, bei unserem Bürgermeister Michael von Rekowski und bei der gesamten Stadtverwaltung bedanken für die **konstruktive Zusammenarbeit** im letzten und in den vergangenen 4 Jahren unserer derzeitigen Ratsperiode. Gemeinsam konnte eine Reihe von Projekten, die unserer Stadt und allen Bürgern zugute kommen, abgeschlossen und neue Vorhaben in Angriff genommen werden.

Ich nenne nur einige Stichworte:

- Fertigstellung des Bahntrassen-Radwanderwegs
- Start der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
- Entschärfung der Alkoholproblematik in der Innenstadt
- Konkretisierung des InHK unter breiter Bürgerbeteiligung. Fördermittel gesichert.
- Neuplanung und Bau des gemeinsamen Bauhofs Wipperfürth-Hückeswagen
- Sanierung der Mühlenberg-Halle (Wir waren aus bekannten Gründen für Neubau)
- Weiterführung der Umgehung Nordtangente, Neubau Wupperbrücke
- Neugestaltung des ehemaligen Bahnhofsareals
- Neue Initiativen zum Thema Gewerbeflächen (hier kommt jetzt endlich Bewegung rein)

Zugegeben, einige dieser Vorhaben sind bekannte Langläufer, die schon von unseren Vorgängern initiiert und begonnen wurden, doch wir haben sie zu Ende geführt und neue Projekte auf den Weg gebracht. Die **politische Konstellation im Rat**, so wie wir sie jetzt haben, hat sich nach unserer Auffassung gut bewährt und sollte nach der Kommunalwahl im Prinzip so bleiben – hier haben natürlich die Wähler das letzte Wort. Ein ausgewogenes, repräsentatives Parteienspektrum ist aus unserer Sicht besser als absolute Mehrheiten. Es fördert die offene Diskussion und die faire Zusammenarbeit. Das gilt in der bodenständigen, bürgernahen Lokalpolitik mehr noch als in der „großen“ Politik.

Die heutigen Haushaltsreden sollen sich ja, wie der Name sagt, vor allem mit dem städtischen Haushalt befassen, deshalb möchte ich dazu einige Punkte aus unserer Sicht ansprechen:

Der Haushaltsplan beschreibt

- (a) im Ergebnisplan Aufwendungen und Erträge der Kommune,
- (b) im Finanzplan die liquiditätswirksamen Ein- und Auszahlungen und
- (c) in der Bilanz die Vermögenssituation.

Einnahmen und Ausgaben sollten, wie in jedem ordentlichen Unternehmen und in jedem Privathaushalt, mindestens ausgeglichen sein. Die Bilanz sollte eine solide Eigenkapitalquote ausweisen. Das ist leider in Wipperfürth nach wie vor nicht der Fall. Die Verschuldung ist weiter gestiegen, das Eigenkapital gesunken. Dass es bei anderen Kommunen nicht besser aussieht, ist für mich keine Entschuldigung, sondern eher ein Ansporn. Die

bundesweit unbefriedigende gesetzliche Regelung der Gemeindefinanzierung kann auch nicht immer als Ausrede herhalten. Letztlich ist jede Kommune für sich selbst verantwortlich, und das mit allen Konsequenzen! Positiv ist immerhin, dass wir wieder ein genehmigtes Haushalts-Sicherungskonzept haben.

Die **Steuereinnahmen**, insbesondere aus der Gewerbesteuer, haben in den letzten drei Jahren wieder erfreulich zugenommen. Trotzdem hat sich das Haushaltsdefizit nicht etwa verringert, sondern im Gegenteil, die Verschuldung der Stadt Wipperfürth ist weiter gestiegen. Für das laufende Jahr 2014 ist im Haushaltsplan eine Erhöhung der langfristigen Investivkredite um EUR 2,6 Mio. auf 45,4 Mio. geplant. Zusätzlich sollen die kurzfristigen Kassenkredite um EUR 4,5 Mio. auf EUR 38 Mio. erhöht werden. Die Gesamtverschuldung der Stadt wird damit bis Ende dieses Jahres auf EUR 83 Mio. steigen. Ein neuer Rekord in der Nachkriegs-Geschichte von Wipperfürth! Das sind 3.900 EUR pro Einwohner – auf eine vierköpfige Familie kommen 15.000 EUR!

Wenn wir so weitermachen, rückt die immer wieder geforderte und dringend notwendige Haushaltskonsolidierung in weite Ferne. Allein die Kassenkredite, die ja eigentlich nur zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht sind, haben sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht und machen mittlerweile 45 % der Gesamtverbindlichkeiten aus. Sie beinhalten zudem ein sehr hohes, nicht abgesichertes Zinsrisiko. Welcher Familienvater, welcher ehrbare Kaufmann könnte da noch gut schlafen? Ist das verantwortliche Zukunftsvorsorge?

Die FDP Fraktion legt deshalb heute einen **Beschlussantrag** vor, die Netto-Neuverschuldung in den Bereichen Kassenkredite und nicht rentierliche Investivkredite ab 2015 auf null zurückzufahren und damit eine wirksame Schuldenbremse zu beschließen. Langfristiges Ziel muss es darüber hinaus sein, nicht nur die Neukreditaufnahme, sondern die Verschuldung insgesamt zu vermindern. Denn öffentliche Schulden gehen immer zu Lasten unserer nachfolgenden Generation. Was das in Verbindung mit dem demografischen Wandel bedeutet, möge sich jeder selbst ausrechnen. Wir bitten alle Fraktionen um Unterstützung dieses Antrags.

Überhöhte **Ausgaben** als Ursache der Verschuldung sind die eine Seite unseres Haushalts. Die andere Seite sind die **Einnahmen**. Um einen ausgeglichene Haushalt zu erreichen, müssen beide Seiten zur Deckung gebracht werden. Das ist eine Binsenweisheit. Sie wird aber von Politik und Verwaltung oft und wie selbstverständlich ignoriert. Ich appelliere an die Verantwortlichen - und dazu gehören wir alle hier - diese Seite des Haushalts nicht aus dem Blick zu verlieren. Bei jeder vorgeschlagenen Ausgabe muss sofort und unmittelbar gefragt werde, woher das Geld kommt. Als richtige Antwort gibt nur zwei Alternativen: Kürzung an anderer Stelle oder Steuer-/Gebührenerhöhung.

Haupteinnahmequellen der Kommune sind nach wie vor die Gewerbesteuer und die anteilige Einkommensteuer. Diese beiden Komponenten allein machen aktuell 54 % der städtischen Einnahmen aus. Die genannten Steuern werden hauptsächlich generiert von den Unternehmen in unserer Stadt. Und natürlich von den dort Beschäftigten sowie von den selbständigen und freiberuflichen Bürgern der Stadt.

Wir haben als FDP immer wieder hingewiesen auf die Bedeutung gesunder **Unternehmen** für die Kommune. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, bieten jungen Familien Einkommen und Lebensgrundlage in Wipperfürth. Sie beeinflussen damit die demografische Entwicklung positiv - und sie leisten direkt und indirekt einen ganz erheblichen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens. Wir sollten Unternehmen in unserer Stadt also vernünftige und attraktive Arbeits- und Standortbedingungen bieten.

Wir unterstützen deshalb alle Bemühungen der Verwaltung, neue **Gewerbeflächen** nicht nur auszuweisen, sondern tatsächlich nutzbar zu machen. Ich weiß, das wird angesichts restriktiver Rahmenbedingungen unserer Landesregierung zunehmend schwieriger. Wir müssen aber zusätzliche Flächen bereitstellen, um bestehenden Unternehmen Erweiterungsmöglichkeiten und neuen Firmen / Existenzgründern Grundstücke oder auch Miet-Immobilien anbieten zu können. Für den Erwerb von Grundstücken als Gewerbe- oder Ausgleichflächen muss jede sich bietende Möglichkeit genutzt werden. Zwangsmaßnahmen sind allerdings für die Liberalen kein optimales Mittel zur Zielerreichung. Mit der WEG haben wir ein Instrument, um Flächen ohne direkte Belastung des städtischen Haushalts erwerben und entwickeln zu können. In der nächsten Wahlperiode werden wir uns aktiv um Maßnahmen zur Grundstücksbevorratung kümmern.

Nun möchte ich noch kurz eine Idee aufgreifen, die wir früher schon einmal vorgetragen haben und zu der heute die UWG einen Antrag vorgelegt hat, den wir ausdrücklich unterstützen. Es geht darum, aktiv und gezielt öffentliche **Fördermittel** zu akquirieren, die für kommunale Investitionsprojekte eingesetzt werden könnten. Es ist bekannt, dass es auf Landes- und Bundesebene manche Fördertöpfe gibt, die kaum genutzt werden, entweder weil sie nicht bekannt sind, weil sie an schwer erfüllbare Bedingungen geknüpft sind oder weil sie einen unverhältnismäßigen hohen Antragsaufwand erfordern. Allein das laufende Recherchieren nach brauchbaren Fördermitteln ist zeitaufwendig. Wir schlagen deshalb vor, eine(n) Mitarbeiterin/ Mitarbeiter in der Verwaltung als Förderbeauftragten zu benennen. Diese Person sollte den Fördermittel-Szene beobachten und die Fachabteilungen bei Anträgen unterstützen. Auch das wäre ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Wir werden wieder darauf zurückkommen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein spezielles Anliegen ansprechen: Unsere städtischen Außenbezirke, speziell die Kirchkörfer. Sie sind Wohngebiete und Lebensräume, aber auch Arbeitsplätze und Wirtschaftsräume. Rund 45 % der Wipperfürther Bürger wohnen in unseren Außenbezirken. Auch sie sind Steuerzahler. Bemerkenswert sind das besonders ausgeprägte Gemeinschaftsleben und der hohe ehrenamtliche Einsatz in den Kirchkörfern. Ein schönes, aktuelles Beispiel hierfür ist die Auszeichnung mit einer Goldmedaille im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, die das Golddorf Thier am Freitag in Berlin entgegen nehmen konnte. Ich meine, solch hervorragendes Engagement in unseren Dörfern muss seitens der Politik und Verwaltung noch mehr gewürdigt und gefördert werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und uns allen ein erfolgreiches Jahr und einen fairen Verlauf der bevorstehenden Kommunalwahl.

Klimaschutzkonzept der Hansestadt Wipperfürth

Vorlage: V/2013/103/1

Beschluss:

Der Endfassung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (siehe Anlage) einschließlich des Maßnahmenkataloges wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5.3 Klimaschutzmanagement der Hansestadt Wipperfürth Zustimmung zur Einrichtung eines Klimaschutzmanagements

Vorlage: V/2013/104

Beschluss:

Um den Maßnahmenkatalog des Integrierten Klimaschutzkonzeptes umzusetzen und entsprechend das im Konzept vorgeschlagenen Verfahren des Klimaschutz-Controlling in Form eines geförderten Klimaschutzmanagements aufzubauen, beschließt der Rat der Hansestadt Wipperfürth, die Verwaltung zu beauftragen, Fördermittel für die Einrichtung eines Klimaschutzmanagements im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative zu beantragen und entsprechende Mittel, befristet auf drei Jahre, in Höhe von 15 % der Kosten eines Klimaschutzmanagements bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5.4 Sporthalle Mühlenberg / VOSS Arena; hier: Entscheidung über zusätzliche Maßnahmen

Vorlage: V/2014/121

Beschluss:

- 1.) Bei der Sanierung der Dreifachhalle auf dem Mühlenberg folgende zusätzliche Maßnahmen
 - Vollständiger Ausbau der WC's im Untergeschoss
 - Erneuerung Türen und Zargen im Umkleide-trakt
 - Erneuerung Duschen und WC's im Umkleide-trakt
 - Belag auf Klinkerboden Flure und Eingang (siehe hierzu Ziffer 2) mit einem Aufwand von rd. 420.000 Euro mit ausgeführt.
- 2.) Die durch diesen Beschluss bereitgestellten Mittel werden in Höhe des Teilbetrages von 22.000 Euro, der für den PVC-Belag auf dem vorhandenen Klinkerboden in den Fluren und im Eingangsbereich kalkuliert sind, zugunsten des Bauausschusses gesperrt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die mit zur Abstimmung gestellte Sperrung eines Teilbetrages geht auf eine Anregung des Rats Herrn **Koppelberg** zurück.

1.6 Anfragen - keine -

1.7 Anträge

1.7.1 Integriertes Klimaschutzkonzept; Versorgung der Innenstadt mit Nahwärme; Antrag des Rats Herrn Christoph Goller / Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vom 13.01.2014

Vorlage: A/2014/141

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt. Das Prüfungsergebnis ist dem sachlich zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag und die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung. Rats Herr **Goller** würde es begrüßen, wenn ein kleines Gremium gebildet würde, das über entsprechende Möglichkeiten beraten könnte.

1.7.2 Erstellung eines Aktionsplanes Inklusion in Wipperfürth; Antrag des Rats Herrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 14.01.2014

Vorlage: A/2014/142

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis 31.12.2014 schrittweise einen Aktionsplan Inklusion in Wipperfürth zu erarbeiten.

Betroffene Menschen, Initiativen, Selbsthilfeorganisationen, Träger der Behindertenhilfe, Institutionen (z.B. LVR, Alice-Salomon-Schule u.a.) Unternehmen sowie die Fraktionen (Ausschüsse) und interessierte Öffentlichkeit sind zu beteiligen.

Folgende Handlungsfelder (abgeleitet aus den Artikeln der UN-BRK) sollen als Leitthemen bearbeitet werden:

- Zugänglichkeit und Mobilität, barrierefreie Kommunikation und Information
- Schulische, außerschulische und berufliche Bildung
- Arbeit und Beschäftigung

Der Inklusionsplan soll Ziele und Maßnahmenempfehlungen (möglichst mit Prioritätenliste) und einen Zeitplan enthalten. Haushaltsrelevante Maßnahmen sind zu gegebener Zeit in den Haushaltsentwürfen zu berücksichtigen. Die Umsetzungsphase wird auf bis fünf Jahre veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag und die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** begründet den Antrag mündlich. Ratsherr **Scherkenbach** weist darauf hin, dass Teilaspekte der Inklusion bereits zu Ratsbeschlüssen geführt hätten, aufgrund von Anträgen der CDU-Fraktion zur Ratssitzung am 12.07.2011.

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Nebentätigkeiten des Bürgermeisters im Jahre 2013

Vorlage: M/2013/309

Die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.2 Situation Alte Drahtzieherei; mündlicher Bericht der Verwaltung

Bürgermeister **von Rekowski** verweist auf die umfangreichen Darstellungen in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 21.01.2014, sodass dem gegenüber nicht viel Neues zu berichten sei. Stadtkämmerer **Trompetter** teilt die voraussichtlichen Jahresergebnisse 2013 der Bürgerstiftung und der Alte Drahtzieherei Verwaltungs- und Betriebsgesellschaft mit.

Verabschiedung des Fachbereichsleiters **Herrn Lothar Wollnik**

Nach Abhandlung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird Herr Verwaltungsdirektor Lothar **Wollnik** nach 48-jähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst, davon 38 Jahre in Wipperfürth, verabschiedet. Dazu hält Bürgermeister **von Rekowski** eine Laudatio mit einem Rückblick auf dessen berufliche Karriere, die Herr Wollnik mit Dankesworten erwidert. Dem Dank des Bürgermeisters für die gute Zusammenarbeit schließen sich auch die Fraktionsvorsitzenden in kurzen Ansprachen an und wünschen dem neuen Pensionär viel Glück in seinem neuen Lebensabschnitt.

2. Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -